

Zusammenstellung aktueller Ausstiegsgründe

**für den sofortigen Rückzug des Bezirks Höfe
aus dem Fernwärmeprojekt der EASZ AG, Galgenen**

12. Januar 2026



Trägerverein, Postfach 236, 8808 Pfäffikon
info@buergerforum-freienbach.ch
www.buergerforum-freienbach.ch

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Die Haupt-Argumente auf einen Blick, Zusammenfassung der Forderungen	S. 2
2.	Problematik Fernwärme im Bezirk Höfe	S. 3-9
3.	Problematik Fernwärme in anderen Kantonen	S. 10-24
4.	Problematik Fernwärme in Deutschland	S.25-37
5.	Aktuelle allgemeine Informationen zur Fernwärme	S. 38-44

1. Die Haupt-Argumente auf einen Blick

Fehlende Rechtsgrundlagen	Fehlende öffentliche Diskussion	Kein Volksentscheid	Unklare Zuständigkeiten und Entscheidungsabläufe
Fehlende Nachfrage	Unklare, ständig wechselnde Planung	Unklarer Zeithorizont	Unklares Versorgungsnetz
Nicht konkurrenzfähige Energiepreise, Teuerungstreiber	Überbordende Infrastrukturkosten, stark schwankende Grund- und Arbeitspreise	Intransparente Finanzierung, Schuldenfalle für den Bezirk	Intransparente Preisgestaltung, mangelnde Nachvollziehbarkeit, Quersubventionierung
Schlechte Energieeffizienz, hohe Wärmeverluste, schnelle Alterung der Leitungen	Hohe Ausfallrisiken, hohe Reparaturanfälligkeit	Fragwürdige Rohstoffe und Rohstoffquellen, keine Umweltverträglichkeitsprüfung	Unklare Vergaberegeln für Bauaufträge und Brennstoff-Lieferungen
Monopolstellung der EASZ AG	Abhängigkeiten, Klumpenrisiken bei Grosskunden	Zentralistischer Eingriff in die Marktfreiheit, Anschluss- und Ausbau-Zwänge	Willkürliche Preisfestlegung und Aufschläge
Intransparente Vorabklärungen	Fragliche Kompetenz der Entscheider	Vergeudung öffentlicher Ressourcen	Übermässige Belastung der Allgemeinheit durch den Leitungsbau
Veraltetes System	Ideologie-basierte Pro-Argumente ohne Realitätsbezug	Benachteiligung dezentraler Lösungen, Behinderung neuer Entwicklungen	Desinformation via Monopolmedien

Zusammenfassung der Forderungen

Das Bürgerforum Freienbach fordert den Bezirksrat auf, den sofortigen Ausstieg der EW Höfe AG aus ihrem Engagement als Hauptaktionärin der Fernwärmebetreiberin EASZ AG Galgenen zu veranlassen. Es seien sämtliche Netzerweiterungsarbeiten auf Höfner Territorium zu sistieren, bis alle offenen Fragen zur Finanzierung, zu den Planungen und zu den bisherigen Anschluss-Entscheiden umfassend geklärt worden sind und ein verbindlicher Finanzierungs-Rückzugsplan publiziert werden kann.

Gegenüber der Einwohnerschaft des Bezirks Höfe sei zeitnah vollständige Transparenz über die bisherigen Vorgänge, Verantwortlichkeiten und Zahlen zu schaffen. Dazu seien unabhängige, qualifizierte umfassende Untersuchungen durchzuführen.

Vgl. ausführliche Anträge und Begründungen im Dokument *‘Fernwärme im Bezirk Höfe, Kritik und Kommentare zu den Antworten des Bezirks Höfe, der EW Höfe AG und der Energie Ausserschwyz AG EASZ, vom 22. September 2025, auf die Bürgerforums-Eingaben vom 6. Mai sowie 18. und 22. August 2025’* vom 12. Januar 2026

2. Problematik Fernwärme im Bezirk Höfe

→ Rote Hervorhebungen durch das Bürgerforum Freienbach

Aussagen zum Fernwärmeprojekt auf der Webseite der EASZ AG

<https://www.energie-ausserschwyz.ch>

«Die Energie Ausserschwyz AG (EASZ) wurde 2020 von der EW Höfe AG und den Züger Unternehmungen AG gegründet. Später kamen die Brugg Group, die IWB und die Energiegenossenschaft Ausserschwyz als Aktionäre dazu. Infrastrukturbauten wie ein Fernwärmenetz bedingen hohe Anfangsinvestitionen, generieren langfristig aber **konstante Erträge, wenn genügend Wärmekunden gefunden werden.**»

«Investitionen und Projekte
Holzkraftwerk Galgenen: Rund **60 Millionen Franken** wurden investiert, um Strom und Wärme aus regionalem Holz zu erzeugen.
Fernwärmenetz-Ausbau: **Über 65 Millionen Franken wurden bereits ins Netz gesteckt;**

weitere Investitionen sind geplant, um die Bezirke March und Höfe zu erschliessen.
Kapitalerhöhung (2023): Eine Kapitalerhöhung von 25.5 Mio. CHF ermöglichte den beschleunigten Ausbau, u.a. Richtung Pfäffikon.

Ausbauziele und Zeitplan (Auszug):
2024/2025: Ausbau der Hauptleitungen nach Pfäffikon (Kantonsschule), Lachen und Altdorf; Verdichtungen in diesen Gemeinden.
Zukunft: Weitere Verdichtungen und der Bau einer Transportleitung nach Siebnen.
Langfristig: **Gesamte Region (March & Höfe) mit Fernwärme versorgen, was weitere 100 Mio. CHF kosten könnte.**»

Falsche Behauptungen und entlarvende Aussagen

Auf ihrer Webseite schreibt die EASZ AG ausserdem: «Und **an Fernwärmekunden mangelt es nicht.** Die EASZ konnte bereits 28 Megawatt Anschlussleistung verkaufen, was rund 780 Verträgen entspricht.»

Tatsache ist jedoch, dass laut Selbstentlarvung durch die EASZ-Faltprospekte 2024/2025 – **in**

einem ganzen Jahr nur 34 neue Verträge abgeschlossen wurden (Höfe 16, March 18!), vgl. Medienmitteilung des Bürgerforums vom 14.10.25, **‘Keine Nachfrage, Fernwärme EASZ offenbart eigenes Finanzierungs-Fiasko’:**

<https://buergerforum-freienbach.ch/downloads/medieninfos/14.10.2025%20Medienmitteilung%20zu%20EASZ%20Infos%202025%20an%20alle%20Haushaltungen.pdf>

80 Millionen fehlen

Dass die finanziellen Ressourcen der EASZ AG nicht im Entferntesten für den vorgeblichen Gesamtausbau reichen, zeigte sich auch in dem Begehren an den Bezirk Höfe, mit 80 Millionen auszuhelfen. Frau Bezirksammann Jolanda Fumagalli schrieb im Vorwort der Broschüre zur Bezirksgemeinde vom 26.11.25 betreffend Verzicht auf eine 80-Millionen Zusatzverschuldung zugunsten eines schnelleren Ausbaus der Fernwärmeleitungen im Bezirk Höfe: **‘Nach sorgfältiger Abwägung der Chancen und Risiken ist das finanzielle Risiko zu hoch’.**

Im Umkehrschluss heisst dies, dass man **offenbar nicht rechtzeitig ‘sorgfältig abgeklärt’ hatte, welches Risiko schon bis heute eingegangen wurde.** Der Bezirk hätte schon vor Jahren zu diesem Schluss kommen und die EW Höfe AG (als deren Eigentümer) von ihrem Sackgassen-Risiko-Investment zurückpfeifen können. Damit hätten Fehlentscheide betr. Beheizung von Schulhäusern und riesige Kosten für das bisherige Leitungsbau-Flickwerk eingespart und Nachteile zulasten der Einwohner vermieden werden können.

Trendumkehr in nächster Nähe: Energie Zürichsee Linth EZL/KEZO

Inzwischen stiegen schon viele Gemeinden aus den geplanten Fernwärme-Projekten in den Kantonen Zürich und St. Gallen wieder aus. Nach nüchterner Beurteilung mussten sie feststellen – wenn auch reichlich spät und

teilweise nach Millionen-Fehlinvestitionen – dass das Festhalten an diesen zentralistischen 'Lösungen' politisch, technisch und wirtschaftlich unweigerlich ins Fiasko führen würde.

Ausstieg, resp. einschneidende Redimensionierung in:

Bubikon	10.7.2025: Entscheid des Gemeinderates Bubikon, das Projekt «Fernwärme Zürcher Oberland» und damit die geplante erneuerbare Wärmeversorgung von Bubikon aus der neuen Kehrrechtverwertung Zürcher Oberland nicht weiterzuverfolgen. Grund sei die «hohe finanzielle Belastung für die Gemeinde in Kombination mit einem sehr beschränkten Nutzen» .
Dürnten	KEZO, Zweckverband von 38 Gemeinden des Zürcher Oberlands, betreibt in Hinwil eine Kehrrechtverwertungsanlage – er sei «vom Ausstieg von Rüti und Dürnten überrascht und betroffen» – Das Geschäftsjahr 2024 sei gut abgeschlossen worden – «gemäss einer externen Überprüfung sei das Projekt technisch, konzeptionell, wirtschaftlich und zeitlich erfolgreich umsetzbar» ...
Eschenbach	<p>Leitungen schon im Boden – aber «Fernwärme-Aus und 2 Millionen Investitionen verbraucht» – laut Linth-Zeitung vom 11.12.25 stellt EZL (Energie Zürichsee-Lindt) auch das Eschenbacher Fernwärme-Vorhaben ein – «weitere Investitionen drohen ebenfalls zu verpuffen» – Bereits mehrere Leitungen waren im neu gestalteten Dorfkern Eschenbach verlegt worden – Wortregelung: «Dorfkern erschwert das Vorhaben».</p> <p>Heute zeigt sich: Die Rechnung geht nicht auf – Gemeindepräsident Cornel Aerne: «Es war 'alternativlos' beim Start. Das Risiko ist damals minim erschienen. Aus wirtschaftlichen Gründen bricht die Energie Zürichsee Linth AG das Projekt 'Energieverbund Eschenbach' mit Abwärme der ARA Gublen ab. Eine neue Trägerschaft wird gesucht.»</p> <p>Im Rahmen der vertieften Projektierung habe sich gezeigt, dass die «ursprünglich kalkulierten Investitionskosten deutlich überschritten werden.» Gleichzeitig seien die «Fördermittel von Bund und Kanton rückläufig», was die Finanzierung zusätzlich erschwere – «Um einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb sicherzustellen, musste das Preismodell angepasst werden. Diese Anpassung hat die Marktfähigkeit der Fernwärme im vorgesehenen Versorgungsgebiet leider spürbar beeinträchtigt.»</p>
Gossau ZH	19.1.2024: Der Gemeinderat Gossau entschied, einen «möglichen Anschluss an den KEZO-Wärmeverbund nicht mehr weiterzuverfolgen» – er gehe davon aus, dass sich das «Kosten-Nutzen-Verhältnis für einen Anschluss mit dem Wegfall von Uster für die Gemeinde Gossau noch «verschlechtern» würde.

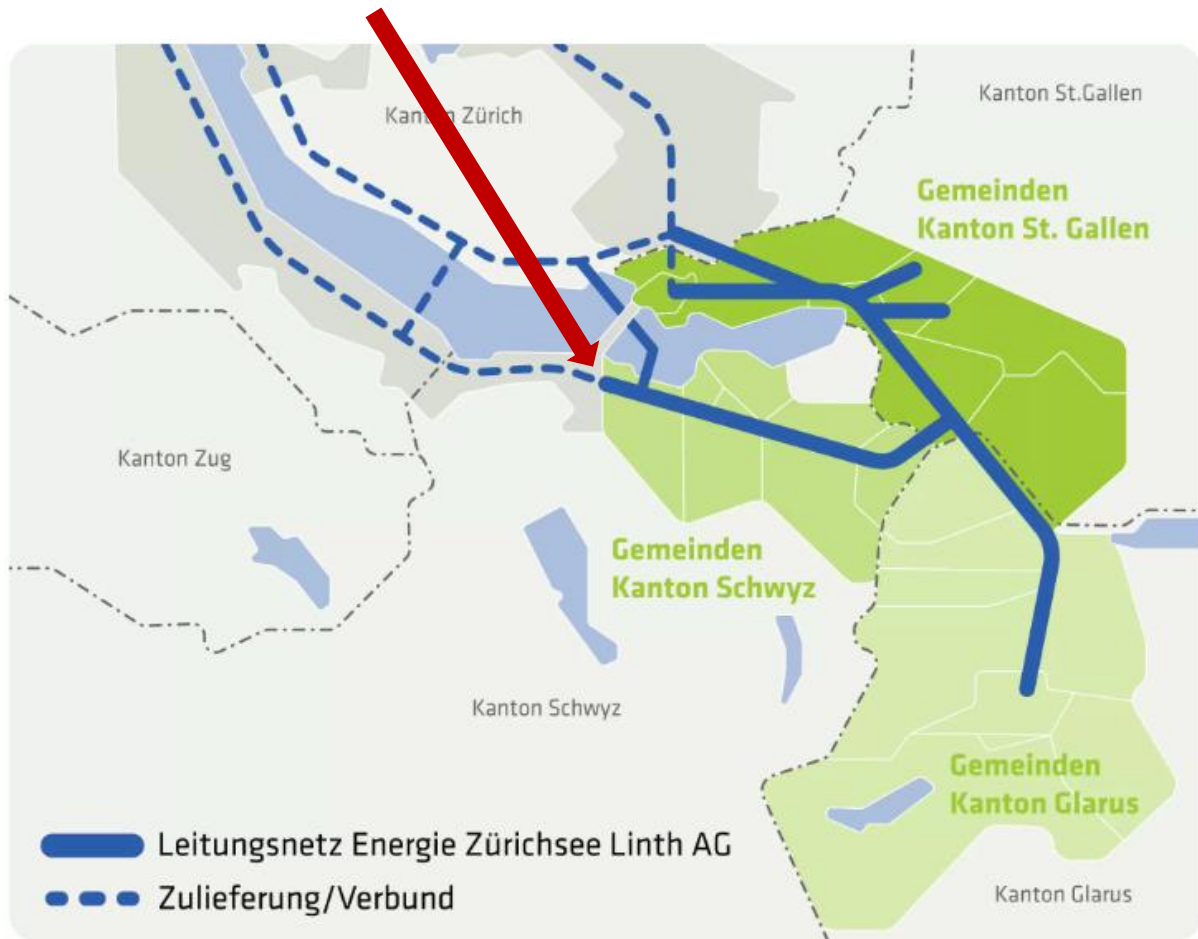
	<p>Die Machbarkeitsstudie eines Zürcher Ingenieur-Unternehmens, welche im zweiten Halbjahr 2023 durchgeführt worden sei, habe ergeben, «dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis für Gossau nicht ideal» sei.</p> <p>Das liege daran, dass die «Wärmebezugsdichte im Ortsteil Grüt nicht besonders hoch» sei.</p> <p>Gossau-Dorf habe zwar eine höhere Wärmebezugsdichte, doch wären für dessen Anschluss «zusätzliche Kosten für die Verbindungsleitung» angefallen.</p> <p>«Ein Anschluss an den KEZO-Wärmeverbund hätte zudem erfordert, dass ein zweites Heizsystem einen Teil des Wärmebedarfs abdeckt, weil die Nachfrage von verschiedenen Gemeinden nach KEZO-Fernwärme deren Angebot übersteigt.» Das sei für ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht vorteilhaft,...</p>
Rapperswil-Jona	<p>Am 24.7.2025 Beginn der Rohrverlege-Arbeiten in Rapperswil-Jona – am 9.12.2025 Meldung, das Projekt rechne sich nicht mehr – «30% höhere Energiekosten für die Endverbraucher und geringes Interesse an privaten Anschlüssen» – Das Fernwärmenetz (aus ARA-Abwärme) sei heute bereits auf 12.5 km gebaut, nun habe die «EZL in Rapperswil-Jona bereits 5,8 Mio. abgeschrieben».</p> <p>Die EZL übernahm das Fernwärmenetz Hinwil am 1.3.2024 (Zusammenarbeit mit KEZO) – Rapperswil-Jona habe mit 12.5 km eine «30- bis 40-prozentige Beteiligung – der Ausstieg stellt die Berechnungen auf den Kopf»,...</p> <p>Zuvor war schon das 'Projekt Seerose' mit einer Seewasserfassung in Rapperswil sistiert worden. Es sollte durch den (nun auch gescheiterten) Fernwärmebezug ab der Kehrlichtverbrennungsanlage in Hinwil ersetzt werden. Dort sei die Wärme bereits im Überschuss vorhanden und müsse nicht teuer produziert werden, wurde damals angekündigt,...</p>
Rüti ZH	s. Dürnten
Schmerikon	s. Uznach
Stäfa	<p>Ausstieg, weil «Grosskunden als wirtschaftliches Rückgrat des Wärmeverbunds fehlten» – Meldung vom 3.10.2025, Tagesanzeiger: «72-Mio-Projekt für Fernwärme aus dem Zürichsee gescheitert. Für das wenige Monate vor der Verlegung fertig geplante Projekt von möglichen 500 Anschluss-Kunden konnten nur 30 Haushalte für das Projekt gewonnen werden»,...</p>
Uster	<p>20.12.2023: Ausstieg wegen reduzierter Wärmemenge bei gleichbleibendem Investitionsbedarf – «Uster steigt aus dem Hinwiler Fernwärmeprojekt KEZO aus wegen fehlender Nachfrage – Projekt sistiert»</p> <p>Usters Fazit: «Erschliessungskosten 112 Mio' – vertiefte Abklärungen ergeben keine konkurrenzfähigen Wärmepreise für die Endkunden», vgl. auch S. 15-17, nachfolgend.</p>

Uznach	<p>21.6.2023: Da der «gemeindeübergreifende Energieverbund Linth mit Schmerikon laut Vorprojekt chancenlos» sei, wollte der Gemeinderat Uznach zwei Wärmeverbunde rund ums Städtli prüfen – unter der Leitung der Energie Zürichsee Linth AG (EZL), zusammen mit dem Gemeinde- und Ortsgemeinderat Schmerikon – Prüfung der Möglichkeit eines Wärmeverbunds über die Gemeindegrenzen hinaus – «Aus der Linth wäre Wasser auf Wärmeplattentaucher beim Abwasserverband Obersee (AVO) geströmt. Daraus hätten zehn Megawatt Wärmeenergie erzeugt werden können. Zur Abdeckung von Spitzenlasten wäre eine Gasheizung zugeschaltet worden». Damit hätten (laut Machbarkeitsstudie) «grosse Teile von Schmerikon und Uznach mit Wärme beliefert» werden können – Die Erarbeitung des Vorprojekts habe «leider gezeigt, dass es beim 'hätte' und 'wäre' bleiben wird». Gründe seien:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kosten für das Leitungsnetz vom AVO bis zu Grossabnehmern in Schmerikon und Uznach zu hoch; • Abhängigkeit und Kosten von Strom und Gas zu hoch; • Herausforderungen Wasserfassung gross (geringe Tiefe, Muscheln); • praktisch kein Kältebedarf im Versorgungsgebiet; • keine Subventionen seitens Kanton oder Bund. <p>Die Gestehungskosten würden «deutlich höher als 20 Rp. / kWh» ausfallen. Damit sei das «Risiko zu gross, dass die gewünschte Anschlussdichte von 70% nicht erreicht werden kann». Diese sei jedoch entscheidend, um mit attraktivem Preis die grössten Verbraucher zu gewinnen.</p>
Zollikon	<p>26 Mio. reichen nicht – Meldung vom 12.12.25 «Die Erschliessung des Zollikerbergs mit Seewasser wäre sehr kostenintensiv. Ohne einen grossen Abnehmer wie die Diakonie ist deshalb keine wirtschaftliche Lösung möglich. Es schliesst sich kein Kunde an ein Fernwärmenetz an, wenn er dafür – im Vergleich zu einer alternativen Lösung – mehr bezahlen muss. Wir müssen mit der Fernwärme kompetitiv sein.»</p> <p>Für ein Fernwärmenetz sei es «essenziell, dass relativ grosse Wärmebezügler (wie das Fohrbach, Schulhäuser oder grössere Siedlungen) sich ans Netz anschliessen.»</p> <p>«Wir mussten (das Gebiet Nr.5) bei einer neuerlichen Überprüfung aus der Planung herausnehmen, weil eine Erschliessung im Verhältnis zum möglichen Wärmeabsatz viel zu aufwändig geworden wäre.»</p> <p>20.3.2025: «Kostensteigerung beim Fernwärmeprojekt in Zollikon», bei dem «ursprüngliche 26 Millionen Franken nicht mehr ausreichten, weil das Spital Zollikerberg ausstieg und zusätzliche 10 Millionen Franken benötigt wurden» – Das Fernwärmeprojekt wurde von zwei auf eine Zentrale reduziert,...</p>

Gebietskarte EZL wirft Fragen auf

Die Karte der Energie Zürichsee Linth EZL zeigt ein 'Leitungsnetz EZL' bis zur Bezirksgrenze March/Höfe (Altendorf/Pfäffikon)

<https://www.ezl.ch/ueber-ezl/unternehmen/versorgungsgebiet>



Bildquelle: EZL

In dieser Karte gehört der Bezirk March zum dargestellten Netzgebiet, der Bezirk Höfe hingegen nicht.

Es besteht somit **maximale Intransparenz zu den Überschneidungen** (Zulieferung/Verbund) **mit der EASZ AG:**

- Gibt es bereits einen Wärmeverbund zwischen EZL und EASZ AG?
- Wurden schon Verträge geschlossen?
- Wenn ja, mit welchem Inhalt und welchen Wirkungen?
- Wie erklärt sich daraus der Dreiviertels-Anteil der EW Höfe AG an den Aktien der EASZ?

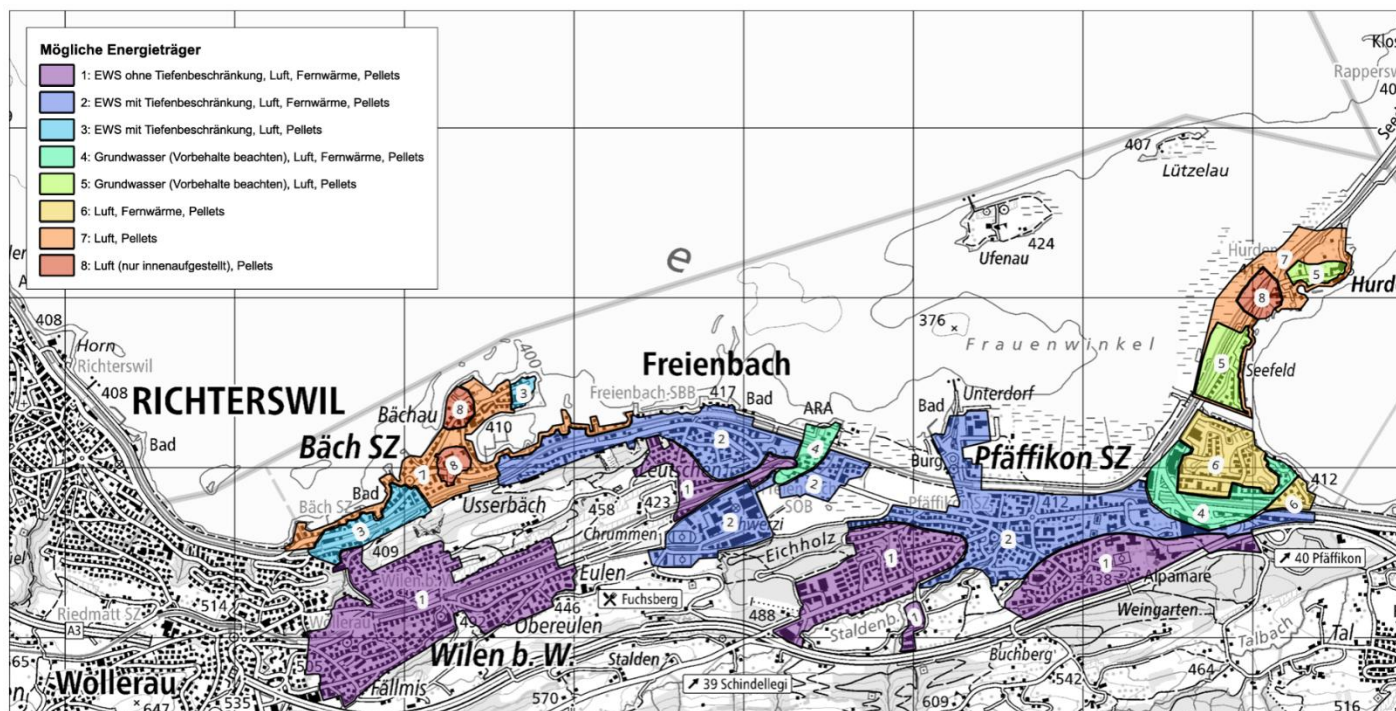
Hinterzimmer-Abkommen – Nein danke

Freienbach

Nebst den im Dokument 'Fernwärme im Bezirk Höfe, Kritik und Kommentare zu den Antworten des Bezirks Höfe, der EW Höfe AG und der Energie Ausserschwyz EASZ AG vom 22. September 2025' ausführlich dargelegten Gründen für den Ausstieg ist Folgendes zusätzlich massgeblich:

Gemäss Energieträgerkarte Freienbach wenig geeignetes Gebiet für grossflächiges Fernwärmenetz

https://www.freienbach.ch/docn/5742490/Anhang_Energieträgerkarte_-_A3_quer.pdf



Bildquelle: Homepage Gemeinde Freienbach

Aus geologischen und hydrogeologischen Gründen wäre Fernwärme ohne Beschränkungen und Vorbehalte **nur in verschwindend kleinen Bereichen (violett) der Gemeinde Freienbach überhaupt möglich** – aus wirtschaftlichen Gründen fallen auch diese weg!

Zu den Gemeinden Feusisberg und Wollerau ergab die Internet-Suche nach analogen Energieträgerkarten bisher keine Treffer.

Gebiet für Fernwärme ungeeignet


Wollerau

Kostenrechnung und -Vergleich MZH Riedmatt

<https://www.hoefer.ch/wp-content/uploads/2023/08/wirtschaftlichkeitsvergleich-fernwaerme-erdsondengas.pdf>

Leistungsvergleich zwischen Fernwärmeanschluss mit Kälteanlage und Erdwärmesonden- Wärmepumpe mit Erdgas-Spitzenlastkessel

Im Kurzbericht vom 6. August 2021, awiag, Andy Wickart, Haustechnik AG, wurde die **Abschreibung aller Anlagen auf 25 Jahre festgesetzt** und die **LEBENSDAUER DER ROHRE wurde (noch nüchtern) auf 30 Jahre veranschlagt, nicht auf 70, wie nun von EASZ AG, Bezirk Höfe und EW Höfe AG behauptet...**



Reinvest	Investitions-kosten I [Fr.]	Lebensdauer n [a]
Wärmepumpe (Ersatz)	61'952	20
Verteilung (Revision)	1'452	30
Expansionsanlage (Ersatz)	1'742	15
Energiespeicher (2x4'000l) (Revision)	1'162	30
Erneuerung Heizungswasser	2'200	30
Kältenutzung (Geocooling) (Revision)	32'500	30
Gaskessel (Ersatz)	15'400	15
Kamin (Revision)	1'549	15
MSRL & Feldgeräte (Ersatz)	9'680	15
Apparate und Armaturen (Ersatz)	4'453	20
Leitungen (Revision)	1'936	30
Dämmungen (Revision)	1'549	30
Elektroarbeiten (Revision)	2'904	30
Transport & Montagearbeiten	5'421	30
Inbetriebnahme	774	20
Demontagearbeiten & Entsorgung	1'355	20
Total Reinvestitionen exkl. MwSt.	146'029	

Bildquelle: Anhang Wirtschaftlichkeitsvergleich awiag

Kurzlebige «Lösung»: 30 statt 70 Jahre

3. Problematik Fernwärme in anderen Kantonen

→ Rote Hervorhebungen durch das Bürgerforum Freienbach

Basel

Fernwärmeausbau und Gasstilllegung

<https://www.iwb.ch/servicecenter/waermeloesung-basel-stadt>

«Bis 2037 wird IWB (die auch Aktien der EASZ AG, Galgenen, besitzt) das bestehende Fernwärmenetz um 60 Kilometer ausbauen und das **Gasnetz für die Wärmeversorgung stilllegen.**»

Der Ausbau der Fernwärme und die Stilllegung von Gasleitungen werden mit einer Vielzahl von anderen Bauvorhaben auf Allmend koordiniert, zum Beispiel mit Sanierungen von Strom-

und Wasserleitungen, Umgestaltungen und Sanierungen von Strassen und Plätzen, Begrünungen sowie Gleis- und Haltestellenprojekten. Die Freigabe eines Bauprojekts erfolgt mit einem Vorlauf von maximal vier Jahren durch den Kanton. **Weiter in die Zukunft kann IWB daher nur ungefähre Auskünfte über den Fernwärmeausbau und die Gasstilllegung geben.**

Bern

Berner Fernwärme SRF, 22.3.2024

<https://www.srf.ch/news/schweiz/ausbau-von-fernwaermenetzen-das-henne-ei-problem-bei-der-fernwaerme>

«Das Henne-Ei-Problem bei der Fernwärme»

«Viele Städte bauen derzeit ihr Fernwärmenetz aus. Rechnen sich diese hohen Investitionen? Ein Augenschein in Bern.

Rund 50 Kilometer lang ist das Fernwärmenetz in der Stadt Bern derzeit. In den nächsten Jahren will der städtische Energieversorger Energie Wasser Bern (EWB) das **Netz verdoppeln.** Und das ist, insbesondere im Westen der Stadt Bern, momentan sicht- und hörbar: **Es gibt kaum ein Quartier ohne lärmige Baustelle.**

In rund drei Meter tiefen Gräben werden dicke Rohre für die Fernwärmeleitungen verlegt.»

«**EWB investiert eine halbe Milliarde Franken** in den Ausbau des Fernwärmennetzes im Westen der Stadt. **Nochmals so viel Geld** will der Energieversorger in ein weiteres Fernwärmenetz im Osten der Stadt investieren.

Auch für ein öffentlich-rechtliches Unternehmen sind das grosse Summen. «Wir sind natürlich darauf angewiesen, dass sich genug Liegenschaften an das Fernwärmenetz anschliessen», sagt Michael Jaun, Leiter Netze bei EWB. Eine Anschlusspflicht gibt es nicht. **Damit sich die Investitionen rechnen, müssten rund 80 Prozent der gesamten Fernwärme-Energie abgenommen werden.**»

«Die Sicht des Liegenschaftsbesitzers»

«Lukas Bürki wohnt in Bümpliz Süd und damit genau im Bereich des geplanten Fernwärmenetzes der Stadt Bern. In seinem Haus möchte er die Gasheizung durch Fernwärme ersetzen. **«EWB investiert indirekt eine halbe Milliarde Franken unserer Steuergelder, deshalb ist es auch gut, wenn es genutzt wird»**, so Bürki. Zudem sei Fernwärme ökologischer. Er kennt aber auch noch **eine andere Sichtweise**: Ihm gehört eine Eigentumswohnung in der Strasse gegenüber, in einem Haus mit insgesamt acht Wohnungen und einer Ölheizung. **«Als Stockwerk-Eigentümergeinschaft sind wir eher kritisch gegenüber der Fernwärme»**, sagt Bürki. Ökologische Fragen stünden nicht im Vordergrund, **viel wichtiger sei die Frage nach der Wirtschaftlichkeit.**»

«Dieses Beispiel zeigt das Dilemma bei der Fernwärme: **Wer ein Fernwärmenetz plant,**

sollte den interessierten Gebäudebesitzern zusichern können, dass die Fernwärme kommt.

Das ist aber nur möglich, wenn sich genug Personen für einen Anschluss entscheiden.

«Das ist ein typisches Henne-Ei-Problem», sagt ZHAW-Energieexperte Jürg Rohrer. **Weil das Risiko gerade zu Beginn relativ hoch sei**, seien gerade städtische Energieversorger dazu prädestiniert, diese Investitionen zu tätigen, so Rohrer.»

«Im Fall des Fernwärmenetzes im Westen der Stadt Bern ist Michael Jaun von Energie Wasser Bern optimistisch, dass genügend Anschlüsse realisiert werden können. «Es gibt viele Kunden, die auf erneuerbare Wärmequellen setzen möchten», so Jaun. **Rund ein Drittel der benötigten Anschlüsse sei bis jetzt zugesichert.**»

Stadtregierung ignoriert Kritik des Preisüberwachers Der Bund, 19.10.2023
<https://www.derbund.ch/fernwaerme-bern-tarif-steigt-preisueberwacher-kritisiert-stadtregierung-714450990057>

«Berns Stadtregierung setzt sich über Vorbehalte des Preisüberwachers hinweg und verteuert die Fernwärme»

«Berner Haushalte, die mit Fernwärme heizen, bezahlen ab 1. Januar 2024 im Durchschnitt 15 Prozent mehr, wie der Berner Gemeinderat am Donnerstag mitteilte. Es ist **bereits die zweite Tarifierhöhung in diesem Jahr**: Schon per 1. April 2023 hatte die Stadtregierung höhere Preise genehmigt.

Ein durchschnittlicher 4-Personen-Haushalt musste seit 1. April (aufs Jahr hochgerechnet) rund 274 Franken mehr für die Fernwärme zahlen, so die Berechnungen des Stadtberner Versorgers Energie Wasser Bern (EWB). Ab Anfang 2024 werden die jährlichen Zusatzkosten nun noch einmal 195 Franken mehr betragen.»

«Die Kritik des Preisüberwachers»

«Etwas ist diesmal aber anders: Die vorherige Tarifierhöhung hatte der schweizerische Preisüberwacher Stefan Meierhans laut der Stadtregierung als gesetzeskonform erachtet. **Die jetzt angekündigte Preiserhöhung hat er dagegen als überhöht kritisiert**, wie der Gemeinderat einräumt.

So mahnte der Preisüberwacher, dass EWB für den Ausbau des Fernwärmenetzes mit zu hohen Zinsen und einer zu schnellen Abschreibung rechnete.

Zur Erinnerung: EWB baut das Fernheiznetz in Bern-West und in der Länggasse massiv aus.

Die Kosten von deutlich mehr als einer halben Milliarde Franken sind einer der Gründe für die Tarifierhöhung. Ein weiterer sind höhere Preise für Holz als Energieträger.»

«Die Stadtregierung hat sich nun über die rechtlich nicht bindende Empfehlung des Preisüberwachers hinweggesetzt. «Seine Kritik war für uns nicht nachvollziehbar», sagt der für das Dossier zuständige Gemeinderat Reto Nause, ein Parteikollege von Meierhans (beide Mitte). «Die Abschreibungspraxis und die verrechneten Zinsen **entsprechen der Branchenpraxis**

und den Vorgaben des Bundesamts für Energie.»

«Auch **der hohe letztjährige Gewinn von EWB von fast 70 Millionen Franken ist für Nause**

kein Argument. Es handle sich dabei nicht um einen Gewinn, der effektiv in die Kasse floss, sondern um einen reinen Buchgewinn.»

Bremgarten, Streit um Fernwärme eskaliert, Ökologie als Preisfrage Berner Zeitung, 10.5.2023
<https://www.bernerzeitung.ch/streit-um-fernwaerme-eskaliert-679020494723>

«Bremgarten will das Wärmekollektiv ausbauen»

«Die Gegner befürchten, das neue System werde viel zu teuer. Nun gelangen sie ans Bundesgericht.»

«In Bremgarten verläuft die **Diskussion über Energiewende und Klimaneutralität hoch emotional.** Vor bald vier Jahren, im Juni 2019, beschloss die Gemeindeversammlung, ein neues System für das Wärmekollektiv – mit

einmaligen Kosten von einer Million Franken. Doch seither ist das Projekt durch juristische Schritte blockiert. Diesen Frühling unterlagen die Gegner des Ausbaus vor Verwaltungsgericht, doch nun fechten sie diesen Entscheid vor Bundesgericht an. Der Streit hat auch den Gemeinderat erfasst: Ein Mitglied reichte seinen Rücktritt ein. Warum ist die Sache derart eskaliert?»

«Sind die Kosten zu hoch?»

«Die Gegner, die den Entscheid des Verwaltungsgerichts an das Bundesgericht weiterziehen, sehen sich zu Unrecht als Verhinderer einer nachhaltigen Lösung dargestellt. Die Gegnerschaft, das ist die Heizzentrale Kalchacker AG, die vom Wärmekollektiv Bremgarten Energie bezieht und Häuser im Zentrum von Bremgarten versorgt. Verwaltungsratspräsident Alexander Leu sagt: **Es ist ein sehr fragwürdiges Projekt, das sich nicht wirtschaftlich betreiben lässt. Die Kosten für die Energie wären viel zu hoch, dies werde durch Gutachten belegt.**»

«(...) Wegen der hohen Kosten hätten Liegenschaftsbesitzer ausserhalb der Quartiere, in denen heute eine Anschlusspflicht bestehe, **kein Interesse am Wärmekollektiv**, sagt Thomas Cottier. Der kleine Perimeter führe etwa zu doppelt so hohen Kosten wie in der Stadt Bern. Und wer sich anschliessen müsste, habe wegen der hohen Infrastrukturkosten keinen Anreiz für eine energetische Sanierung seiner Liegenschaft. Cottier ist ebenfalls Mitglied im Verwaltungsrat der Heizzentrale Kalchacker AG. Der emeritierte Rechtsprofessor lebt in einem der angeschlossenen Häuser.»

«Bis jetzt ein «kalter» Verbund»

«Das Wärmekollektiv in Bremgarten nutzt die Abwärme der ARA Region Bern auf der anderen Seite der Aare bei der Neubrücke. Die Abwärme des Abwassers wird in Wärmetauschern auf dem Gelände der ARA gefasst und durch ein Verteilnetz in die Häuser transportiert. Es handelt sich um einen sogenannten kalten Wärmeverbund, weil das Wasser nur mit etwa 10 bis 15 Grad Temperatur durch die Röhren zirkuliert. **Das System liefert nicht immer genug Wärme, sodass mit fossiler oder anderer Energie nachgeheizt werden muss.**»

«Die Gemeindeversammlung beschloss den Umbau: Das Wasser soll neu eine Temperatur von 85 Grad aufweisen, neben der ARA-Abwärme würde auch Dampf von der Kehrrichtverbrennungsanlage Forsthaus von EWB genutzt.»

«Wegen des Preises will die Gemeinde noch einmal mit Energie Wasser Bern sprechen. Die Preise werden aber sicher höher sein als in der Länggasse, denn **Bremgarten ist weniger dicht bebaut, das bedeutet mehr Leitungen für weniger Liegenschaften.**»

Heute sind über 200 Haushalte angeschlossen. Die **Gemeinde subventioniert das Wärmekollektiv mit jährlich rund 130'000 Franken aus den Steuereinnahmen.**»

«Juristisch angefochten wird etwa **die Vergabe an EWB ohne Ausschreibung**. Damit entstehe eine **Monopolstellung**. Die **massive Preissteigerung verletze die Eigentumsgarantie und**

müsse daher dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit gerecht werden. Das Verwaltungsgericht hat aber nicht geprüft, ob auch weniger einschneidende Massnahmen möglich wären. Da der Gemeinderat nicht zu ergebnisoffenen Verhandlungen bereit gewesen sei, bleibe nur der juristische Weg, so Cottier.»

Misswirtschaft in Riggisberg BZ, Berner Mittelland, 19.8.2025

<https://www.bernerzeitung.ch/riggisberg-verliert-2-75-millionen-franken-700960711740>

«Teure Wärme: **Riggisberg verliert 2,75 Millionen Franken – Jahrelang bewertete der gemeindeeigene Betrieb seine Wärmeanlagen zu hoch. Nun zahlt das Volk die Zeche.**»

«In Kürze: Die Energieversorgung Riggisberg verzeichnet einen **Verlust von 1,6 Millionen Franken**.

- **Wertberichtigungen von knapp 2 Millionen** schmälern den Wert der Wärmeanlagen deutlich.
- Die Gemeinde muss nun mit **4,5 Millionen Franken für die Sanierung** aufkommen.
- Eine **laufende Untersuchung soll bis Ende Jahr die Gründe für die Misswirtschaft klären.**»

«Kunz ist pensionierter Treuhänder und wohnt seit Jahrzehnten in Riggisberg. «Es kann doch nicht sein, dass wir mit unseren Steuern die Misswirtschaft beim Bau und Betrieb der Fernwärmanlage tragen müssen.» «Jürg Kunz findet klare Worte: **«Mit diesen Zahlen müsste die Energieversorgung Riggisberg ohne umgehende Sanierung eigentlich Konkurs anmelden.»** Eigentlich. Denn **die EVR, die 130 Haushalte mit Wärme und 1300 mit Strom ver-**

sorgt, gehört zu 100 Prozent der Gemeinde. Nun liegt es an dieser, das Defizit zu decken. 1,6 Millionen Franken betrug der Verlust im Geschäftsjahr 2024.»

«Kunz ist bewusst, dass es kaum eine andere Lösung gibt. Ihn stört aber, dass **über 1'800 Steuerpflichtige für gerade mal 130 Wärmebezüger mehr Steuern bezahlen müssen.**»

«Das Minus von 1,6 Millionen Franken kommt vor allem dadurch zustande, **dass die Wärmeanlagen der Energieversorgung deutlich weniger Wert sind als angenommen.** In der Bilanz mussten so knapp 2 Millionen an Wertberichtigungen vorgenommen werden. Kunz vermutet, dass die Anschlussgebühren im Verhältnis zu den Baukosten zu tief berechnet worden sind **und in den letzten Jahren stets zu niedrige Abschreibungen verbucht** wurden. Am wahrscheinlichsten sei aber eine Kombination.»

Vgl. das Alleineigentum des Bezirks Höfe an der EW Höfe AG, die mit 75,33% Mehrheitsaktionärin der EASZ AG Galgenen ist - womit das Defizit der EASZ AG analog auf die Allgemeinheit in den Höfen verlagert wird!

«Es fehlt an Eigenkapital»

«Urs Lustenberger, Verwaltungsratspräsident der Energieversorgung Riggisberg, will keine Mutmassungen anstellen. Er übernahm das Präsidium Anfang 2024 und äussert sich nicht zu Dingen, die vor seiner Amtszeit geschahen. Etwa dazu, **wieso in den Jahren 2020 und 2021 noch Dividenden ausgezahlt wurden.** Nur so viel: «In der aktuellen Situation gibt es das natürlich nicht.»

«Gegenwärtig läuft unter der Federführung der Gemeinde eine **Untersuchung, die aufzeigen soll, wieso die Wertberichtigung von zwei Millionen Franken überhaupt nötig wurde und welche Lösungen es nun gibt.** Ein Ergebnis ist bis Ende Jahr zu erwarten.»

«Natürlich habe ich keine Freude an der aktuellen Situation. Sie ist heikel und erfordert sorgfältiges, konsequentes Handeln», so der

Verwaltungsratspräsident. Denn die **grosse Wertberichtigung hat noch andere Folgen: Das Eigenkapital der Firma sank auf weniger als 50 Prozent des Aktienkapitals**. Tritt dies ein, muss der Verwaltungsrat den Aktionärinnen und Aktionären «mit der gebotenen Eile» **Massnahmen zur Sanierung** vorschlagen.»

«Steuern bleiben gleich – vorläufig»

«Seien es nun teure Versäumnisse oder unglückliche Umstände, **am Ende muss die Gemeinde Riggisberg eine Sanierung der EVR übernehmen. Da Gemeindepräsident und Finanzchef Michael Bürki im Verwaltungsrat der EVR** sitzt, tritt er bei diesem Thema in den Ausstand. An seiner Stelle informiert Sandra Wittwer, eine der Vizepräsidentinnen. Sie relativiert die Situation. Geld habe die Gemeinde keines ausgegeben, stattdessen handle es sich um Wertberichtigungen von 4,5 Millionen Franken. Sprich: Das Geld gehe nur auf dem Papier verloren.»

«Die 4,5 Millionen Franken setzen sich aus dem Aktienkapital der Gemeinde an der EVR sowie einem Kredit zusammen, den die Kommune der EVR gewährt hat. Um einen Teil dieser 4,5 Millionen zu decken, nutzt die Gemeinde 1,75 Millionen Franken aus einer

«Als Alleineigentümerin ist die Gemeinde einzige Aktionärin der Energieversorgung.

Gemäss Lustenberger wurden dem Gemeinderat bereits Vorschläge unterbreitet. Der Geschäftsbericht zeigt: Rund eine halbe Million Franken wäre nötig, damit die EVR ausreichend Eigenkapital hätte.»

Spezialfinanzierung. **Bei der Firmengründung wurde der Wert der Stromnetzanlagen in diese überführt, und der Restwert wird nun abgeschrieben. Die zusätzlich benötigten rund 2,75 Millionen schlagen direkt in der Gemeinderechnung 24 zu Buche.**

Diese Korrektur ist der Grund, weshalb der Gemeinderat die Jahresrechnung an der letzten Gemeindeversammlung nicht vorlegen konnte. Dies wird im Winter nachgeholt. **Einfluss kann die Versammlung aber nicht mehr nehmen. Sie darf die Rechnung nur noch abnicken.** Eine Diskussion werde es aber so oder so geben, sagt Gemeinderätin Wittwer. «Am Ende geht es um sehr viel Geld.»

«Auf die Steueranlage hat die Situation der EVR vorerst keinen Einfluss, so Wittwer. Ob die Steuern später steigen müssen, entscheidet sich in den künftigen Budgets.»

Wie konnte man die fehlenden Millionen übersehen? Berner Zeitung, 4.12.2025

<https://www.bernerzeitung.ch/riggisberg-millionenverlust-der-energieversorgung-empoert-buerger-890509017126>

«Riggisberger ärgern sich: **Wie konnte man die fehlenden Millionen übersehen?**

Die Stimmberechtigten des Dorfs im Gantrischgebiet regen sich auf: **Sie wollen einen Verlust**

bei der Energieanbieterin nicht einfach hinnehmen.

Von den Zahlen zur Energieversorgung Riggisberg wird vielen beinahe schwindlig.»

Stein am Rhein

Stein am Rhein: Grosse Finanzierungslücke, sp-resso, 20.7.2024

<https://sp-resso.ch/files/2024-07-20-Ausbau-Waermeverbund-trotz-Defizit.pdf>

«Es klappt **eine grosse Finanzierungslücke, und dennoch hat der Steiner Stadtrat vor, den bestehenden Wärmeverbund zu erweitern.**

Neben einer neuen Tarifstruktur soll ein wichtiger Partner aus Schaffhausen helfen, den Wärmeverbund wirtschaftlicher zu machen.»

«Dabei gibt es allerdings ein grosses Problem, die Wirtschaftlichkeit der Anlage. Es besteht eine grosse Finanzierungslücke. Wie Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer auf Anfrage sagt, hat das **Defizit von 2020 bis 2023 von rund 50'000 auf 200'000 zugenommen, unter anderem aufgrund der steigenden Unterhaltskosten und der gestiegenen Energiepreise.**»

«Um zu vermeiden, dass bei der Erweiterung des Wärmenetzes das Defizit noch höher wird, brauche es **eine kostendeckende Tarifstruktur, um die bereits seit Jahren gerungen wird.** Details sollen zu gegebener Zeit in der Vorlage an den Einwohnerrat bekannt gegeben werden: «Sobald die Gremienentscheide der beteiligten Parteien vorliegen, werden wir über eine künftige Tarifstruktur informieren.»

«Heute seien **rund 60 Liegenschaften an den Wärmeverbund angeschlossen, davon gehören elf der Einwohnergemeinde Stein am Rhein.** Das Wärmeverteilnetz verfügt über zwei Hauptäste, welche die Bezüger von der

Heizzentrale im **Werkhof** via Spittelmüli in die Altstadt und zum **Schulhaus** Hopfengarten (Ast West) sowie via Öhningerstrasse in westlicher Richtung **zum Alterszentrum** und in östlicher Richtung zum Chirchhofplatz (Ast Süd) mit Wärme versorgen. Bislang sei nur der östliche Teil der Altstadt mit Fernwärme erschlossen.»

«Allerdings werde es für die Hauseigentümer in der Altstadt bei einem Heizungsersatz aufgrund der denkmalpflegerischen Anforderungen hinsichtlich Ortsbildschutz, der Auflagen betreffend Lärmemissionen sowie der restriktiven Auflagen aus der neuen Verordnung über den Energiehaushalt in Gebäuden und Anlagen des Kantons Schaffhausen **schwierig, eine Lösung zu finden, die in der Altstadt realisierbar und finanzierbar ist.**»

D.h. analog zum EASZ-Plan wird via Vorab-Anschlussesentscheide für öffentliche Gebäude Zwang zum unrentablen Netzausbau ausgeübt!

Uster

Energiepreis nicht konkurrenzfähig: Uster steigt aus dem grossen Fernwärmeprojekt im Zürcher Oberland aus NZZ, 20.12.2023

<https://www.nzz.ch/zuerich/fernwaerme-uster-steigt-aus-grossprojekt-im-zuercher-oberland-aus-ld.1771216>

«Drei Städte und fünf weitere Gemeinden wollten sich ursprünglich dem Fernwärmenetz der Kehrrechtverwertung Zürcher Oberland (Kezo) anschliessen. Das Werk im Industriegebiet von

Hinwil liefert zwar bereits Wärme für zwei grosse Gewächshäuser und ein kleines lokales Netz.»

Energie Uster AG sistiert Projekt «Fernwärme Zürcher Oberland», Energie Uster, 20.12.2023

<https://energieuster.ch/aktuelles/energie-uster-ag-sistiert-projekt-fernwaerme-zuercher-oberland/>

«Der Verwaltungsrat der Energie Uster AG hat entschieden, das Projekt 'Fernwärme Zürcher Oberland' und somit die Erschliessung von Uster mit Fernwärme ab dem geplanten Neubau der Kehrrechtverwertung Zürcher Oberland 'KEZO 2028' in Hinwil zu **sistieren. Die Energie Uster AG hat vertiefte Abklärungen vorgenommen und ist zum Schluss gekommen, dass keine konkurrenzfähigen Wärmepreise für die Endkunden in Uster erreicht werden können.**

Der bereits im 2022 beschlossene Aus- und Aufbau von lokalen Wärmeverbunde gemäss der Gas- und Wärmestrategie 2050 der Energie Uster AG wird weitergeführt.»

«Im Mai 2022 haben sieben Gemeinden und Städte im Zürcher Oberland ein gemeinsames Projekt unter dem Namen 'Fernwärme Zürcher Oberland' initiiert, um Fernwärme aus dem geplanten Neubau der Kehrrechtverwertung

Zürcher Oberland (KEZO 2028) nutzen zu können. In den letzten anderthalb Jahren wurde vertieft geprüft, wie die Weichen für eine langfristige ökologische Wärmeversorgung ab 'KEZO 2028' in der Region von Grund auf neu aufgebaut werden könnte.»

«Im September 2022 ist Rapperswil Jona als achte interessierte Stadt dazugestossen.»

«Anfang 2023 wurde durch die beteiligten Gemeinden und Städte entschieden, das

Projekt aufzuteilen und in unterschiedlichen Teilprojekten weiterzuverfolgen. Ein Teil umfasste die Fernwärmeleitung ab KEZO in Richtung Westen bis nach Uster. Der andere Teil eine Fernwärmeleitung in Richtung Süden bis Rapperswil-Jona. Für den West-Ast hat die Energie Uster AG geprüft, wie das Projekt unter Berücksichtigung von technischen, zeitlichen und wirtschaftlichen Aspekten inkl. Verteilnetz bis zu den Endkunden in Uster vorangetrieben werden kann.»

«Reduzierte Wärmemenge bei gleichbleibend hohem Investitionsbedarf»

«Während der Projektentwicklung hat sich gezeigt, dass die Nachfrage nach erneuerbarer Wärme aller Gemeinden und Städte total rund 380 GWh pro Jahr beträgt, was die verfügbare Kapazität an erneuerbarer Wärme aus dem Neubauprojekt 'KEZO 2028' von total rund 250 GWh pro Jahr übersteigt. Auch mit dem **Ausstieg der Gemeinde Pfäffikon/ZH Mitte 2023** hat sich dieses Problem nicht entschärft. Für Uster hätte deshalb im Endausbau nur rund 67% der ursprünglich vorgesehenen Wärmemenge aus der KEZO zur Verfügung gestanden.»

«Dieser reduzierten Wärmemenge steht aber ein gleichbleibend hoher Investitionsbedarf gegenüber: **Die Gesamtkosten für die Erschliessung von Uster bis zu den Endkunden betragen gemäss den Kalkulationen rund 112 Millionen Franken. Davon beträgt der Anteil für die Fernwärme-Transportleitung inkl. Wärmeübergabestation (Uster) von Hinwil nach Uster rund 37 Millionen Franken. Das Verteilnetz in der Stadt Uster umfasst einen Investitionsbedarf von 75 Millionen Franken.**»

«Sehr hohe terminliche und finanzielle Risiken»

«Das Projekt 'Fernwärme Zürcher Oberland' weist eine **lange Projektdauer mit zahlreichen Unwägbarkeiten** auf, was sorgfältige Risiko- und Sensitivitätsanalysen erforderte. Aufgrund der langen Umsetzungsdauer – mehr als zehn Jahre – besteht zudem ein **grosses Risiko in Bezug auf mögliche Kostensteigerungen**. Wesentliche Investitionen wie z.B. der Bau der Wärmeleitung von Hinwil nach Uster fallen zu Beginn des Projekts an,

während der Wärmeabsatz in den Versorgungsgebieten in Uster und somit **die Erträge stark verzögert** anfallen.

Auch ist das Neubauprojekt «KEZO 2028» durch die Zweckverbandsgemeinden noch nicht beschlossen und nach heutigem Wissensstand **frühestens 2030 bereit, Wärme zu liefern**. Letztlich können aber auch beim Bau der Transportleitung **Terminverzögerungen infolge der komplexen Bewilligungsverfahren** nicht ausgeschlossen werden.»

«Keine konkurrenzfähigen Preise bei der Kundschaft»

«Eine geringere Wärmemenge sowie hohe Kosten für die Transportleistung führen gemäss den Kalkulationen dazu, dass die Energie Uster AG den Kunden in der Stadt Uster für Wärme aus dem Projekt «Fernwärme Zürcher Oberland» letztlich **kein konkurrenz-fähiger Preis gegenüber alternativen, dezentralen,**

erneuerbaren Wärmelösungen anbieten könnte. Unter Berücksichtigung aller Kosten ist für die Kunden in Uster beim Projekt «Fernwärme Zürcher Oberland» von einem **Wärmepreis von über 26 Rappen pro Kilowattstunde** auszugehen. **Bei einem verzögerten Ausbau und beim Eintreten von weiteren**

Projektrisiken wie Teuerung oder Bewilligungsproblemen könnte sich der Wärmepreis sogar auf über 30 Rappen pro Kilowattstunde erhöhen. Entsprechend wären Kunden wohl auch nicht in der notwendigen Menge bereit, sich an den Wärmeverbund anzuschliessen. Aus diesem Grund hat der Verwaltungsrat der Energie Uster AG nun beschlossen, das Projekt zu sistieren.»

«Beim 'Wärmeverbund Uster Zentrum' setzt Energie Uster AG auf ein '**Anergienetz**', das Abwärme von Gewerbegebäuden nutzt und die Kunden, wie die neue Residenz Stadtpark oder das Schulhaus Pünt, sowohl mit Wärme als auch, wo notwendig, mit Kälte versorgen kann. Die Erweiterung des Anergienetzes und der Anschluss von weiteren Liegenschaften in angrenzenden Gebieten, wie zum Beispiel den Neubauten auf dem Gerichtsplatz-Areal, ist bereits in der Umsetzung.»

Wetzikon

Grüne, Wetzikon: Wer alles die Kosten tragen muss Newsletter Grüne Wetzikon

<https://www.gruene-wetzikon.ch/fernwaerme-argumentarium>

«Im Jahr 2014 wurde vom damaligen Gemeinderat als Hauptargument gegen die Initiative von Stephan Mathez, die Kosten von rund 60 Millionen Franken zulasten der Gemeinde genannt. In der Zwischenzeit hat sich die Rechtsgrundlage jedoch stark geändert.

Hätte früher die Gemeinde die Hauptkosten tragen müssen, werden die Kosten nun aufgeteilt werden; auf den Zweckverband, den Kanton, die Gemeinde Hinwil und auf die Gemeinde Wetzikon. Wie genau diese Aufteilung stattfinden soll ist jedoch zurzeit noch unklar.»

«Dazu fehlen noch zur jungen Rechtsgrundlage gerichtliche Urteile über die Kostenaufteilung. Klar ist jedoch, dass **bloss ein Bruchteil von diesen ehemals 60 Millionen Franken durch Wetzikon bezahlt werden müssen.** Selbst Rechtsanwälte (inkl. die eidgenössische Rechtsabteilung) sowie die Verantwortlichen des Bundes für Siedlungsabfälle und der erwähnten Verordnung, konnten **die Frage, wie dieser 'Verteilungsschlüssel' der Kosten im Genauen aussehen wird, nicht beantworten.**»

Winterthur

Zwang zum Umstieg auf Fernwärme via Gas-Abstellung in Winterthur bis 2033 HEV, 17.3.2025

<https://www.hev-winterthur.ch/artikel/stadt-laesst-birchermueesliquartier-in-der-kaelte-stehen/>

«Das Gas wird bis 2033 in grossen Teilen der Stadt abgestellt. Hausbesitzer müssen sich selbst um einen Ersatz kümmern. Doch nicht überall sind Lösungen absehbar.

In Kürze:

- Die Stadt Winterthur plant, bis 2033 zwei Drittel des Gasnetzes abzuschalten.

- Eine Alternative kann sie nicht allen Quartieren bieten.
- Der Hauseigentümerverband forderte deshalb einen garantierten Anschluss entweder an die Fernwärme oder ökologisches Gas.
- Der Stadtrat lehnt dies ab: **Heizen sei grundsätzlich Privatsache.**»

«Es waren klare Worte, die der lokale Hauseigentümerverband (HEV) letzten Sommer an den Stadtrat richtete: «Wir fordern, dass die Stadt Winterthur für alle von der Gasstilllegung betroffenen Hauseigentümern eine praktikable Lösung findet.» Dies, weil **die Stadt plant, bis 2033 zwei Drittel des Gasnetzes abzustellen, aber längst nicht allen Quartieren eine Alternative in Aussicht stellt. Vom Fernwärmenetz kann nur knapp die Hälfte der Stadt abgedeckt werden.**»

«Besonders betroffen: das Birchermüesliquartier in Oberwinterthur. Die Stadt plant dort keinen Fernwärmeanschluss. 'Weil das Quartier vom Grundwasserstrom durchzogen ist, dürfen aus Gründen des Gewässerschutzes auch keine Erdsondenheizungen installiert werden', heisst es vonseiten des HEV. Sinnvolle Lösungen seien ein Fernwärmeanschluss oder die Weiterbetrieubung des Gasnetzes mit Gas aus erneuerbaren Brennstoffen.»

Absage an Winterthurer Quartier 'Inneres Lind' 2024

<https://innereslind.ch/stadtrat-gibt-innerem-lind-absage-bei-fernwaerme/>

«Der Stadtrat begründet die Absage mit der **zu geringen Energiedichte im Quartier**. Diese **verhindere, dass ein Fernwärmenetz eigenwirtschaftlich betrieben werden könne**. Der Stadtrat sei verpflichtet, 'die knappen finanziellen Ressourcen der Stadt dort einzusetzen, wo diese die grösste Klimawirkung erzielen'.

Die Kantonsschule wiederum, die inzwischen an das Fernwärmenetz angeschlossen worden ist, verdankt die Vorzugsbehandlung **einem Zuschuss des Kantons. Dieser habe 2,5 Millionen Franken** gezahlt, um seine Bildungseinrichtung anzuschliessen.»

Zürich

Zürich Höngg Höngger, 20.6.2024

<https://hoengger.ch/waermeversorgung-in-hoengg-unterbrochen/>

«Wie das Tiefbauamt der Stadt Zürich mitteilt, sind die am Energieverbund Höngg angeschlossenen Liegenschaften im Moment **von der Wärmeversorgung abgeschnitten**. Sie können aktuell nicht heizen und haben kein Warmwasser.

Voraussichtlich wird im Laufe des Samstags die Wärmeversorgung im ganzen Verbund wieder funktionieren, **vorbehältlich unerwarteter Schwierigkeiten**, wie es auf der Website zum Bauprojekt Winzerhalde heisst.

Man arbeite mit Hochdruck an einer Überbrückungslösung, um die Liegenschaften wieder mit Warmwasser zu versorgen. Ursprünglich hiess es, dass die Wärmeversorgung frühestens ab Montag, 24. Juni, wieder gewährleistet sei.

Gemäss der Website betrifft der Vorfall demnach rund 80 Gebäude im Quartier stadtauswärts. In den Gebieten Höngg-Zentrum erfolge laut dem EWZ der Anschluss an die Fernwärme bis 2028.

Zürich Höngg NZZ, 22.6.2024

<https://www.nzz.ch/zuerich/kalte-duschen-in-zuerichfernwaermeausfall-in-zuerich-oel-heizgeraete-gegen-kaltes-wasser-ld.1836259>

«Kalte Duschen in Zürich»

«Bauarbeiter legen ein Fernwärmenetz lahm. In der Not kommen mobile Heizgeräte zum

Einsatz. In Zürich Höngg sind etwa achzig Häuser von dem Zwischenfall betroffen».

«Wenn aus dem Duschkopf am Morgen nur eiskaltes Wasser kam, war früher meist der Boiler Schuld – und betroffen waren höchstens

ein paar Dutzend Personen. **In der Stadt Zürich des Jahres 2024 ist die Sache komplizierter und das Problem um einiges grösser.»**

«Ausfallrisiko sehr hoch»

«Ein **Leitungsnetz für den Transport von Fernwärme birgt hohe Ausfall-Risiken**, wie ein **Vorfall in Höngg und Altstetten** vom letzten Jahr deutlich zeigt, wo **ganze Stadtquartiere kein Warmwasser erhielten und nicht heizen**

konnten. Ursache war ein Bagger, der die Fernwärme-Leitung beschädigt hat. **Zur Überbrückung musste eine provisorische Leitung auf der Oberfläche erstellt werden.»**

Schon 3 Monate später war es in Höngg wieder so weit Blick, 14.9.2024

<https://www.blick.ch/schweiz/zuerich/erneute-panne-anwohner-sauer-schon-wieder-kein-warmwasser-im-zuercher-stadtteil-hoengg-id20137783.html>

«Erneute Panne – Anwohner sauer»

«Schon wieder kein Warmwasser im Zürcher Stadtteil Höngg. Erst im Juni mussten Bewohner in Zürich-Höngg auf warmes Wasser verzichten. Schuld: eine Baupanne. **Jetzt kommt wieder nur kaltes Wasser aus der Leitung.»**

(...) «Jetzt ist das Wasser wieder kalt. Aber warum? **‘Der Schaden an der Leitung kann nicht vor dem Winter behoben werden. Daher wurde eine provisorische Leitung auf der Oberfläche erstellt.** Diese geht ab dem 23. September 2024 in Betrieb und stellt die Versorgung des Energieverbunds über die Wintermonate sicher. Die mobilen Stationen werden

dann nicht mehr benötigt und abgebaut’, schreibt die Stadt Zürich in einer Mitteilung.»

«Und der **plötzliche Kälteeinbruch** diese Woche habe dazu geführt, **dass die mobilen Stationen zeitweise überlastet sind. Sie sind nicht ausreichend leistungsstark für die zeitgleiche Bereitstellung von Warmwasser und vollem Heizbetrieb aller angeschlossenen Liegenschaften.** Die Folge: Es komme leider zu vereinzelt, temporären **Versorgungsausfällen beim Heizen und der Warmwasseraufbereitung.»**

Stadt Zürich Georg Schwarz, 27.12.2022

<https://georgschwarz.ch/unsinn-fernwaerme/>

«Bald werden in Zürich wieder flächendeckend die Strassen aufgerissen, um neue Fernwärmeleitungen zu verlegen. **Dabei ist Fernwärme nur teuer und ineffizient und nicht einmal klimaneutral.**

Am 27. November 2022 hat die Stadt Zürich über den Ausbau der thermischen Netze abgestimmt. 84% der Stimmberechtigten haben einem Rahmenkredit zur Finanzierung des Vorhabens von 573 Mio. CHF zugestimmt. **Die in den letzten vier Jahren in der Stadt Zürich für**

Fernwärme bewilligten Kredite summieren sich damit auf 1'188 Mio. CHF. Das ist ein stolzer Betrag, **kostet er doch jeden Stadtbewohner 2'700 CHF.**

Trotz dieser hohen Kosten finden sich auf der Webseite der Stadt Zürich oder der beteiligten Institutionen, **ausser dem dünnen Abstimmungsbüchlein, kaum Informationen zum Vorhaben.** Um mir trotzdem ein Bild vom Nutzen dieser Investitionen zu machen, habe ich begonnen selber nachzurechnen.»

«Kosten des Ausbaus des Fernwärmenetzes»

«Das Abstimmungsbüchlein liefert keine Angaben zur Anzahl der dank des Fernwärmeausbaus ersetzbaren fossilen Heizungen. Aufgrund

der angegebenen Einsparung von 56'000 t CO₂ kann diese Zahl jedoch berechnet werden.»

«Die fossilen Heizungen in der Stadt Zürich produzieren pro kWh rund 0,271 kg CO₂. Die durch Fernwärme eingesparten 56'000 t CO₂ entsprechen somit einem Wärmeverbrauch von 207 GWh pro Jahr. Da der CO₂-freie Anteil der Fernwärme gemäss Abstimmungsbüchlein lediglich 85% beträgt, kommen zu diesem Wärmeverbrauch noch 37 GWh/a hinzu, womit sich ein Gesamtverbrauch von 244 GWh/a ergibt. Eine durchschnittliche

Heizung eines Einfamilienhauses verbraucht jährlich 20 MWh/a Wärme. Die **244 GWh/a entsprechen folglich 12'200 Heizungen.**»

«Der Fernwärmeausbau, der 573 Mio. CHF kostet, kann somit 12'200 fossile Heizungen à 20 MWh/a ersetzen. **Dies entspricht 47'000 CHF pro Heizung und ist damit deutlich teurer als alle auf dem Markt angebotenen Heizsysteme vergleichbarer Grösse.**»

«Nutzung der Abwärme aus der Kehrlichtverbrennung»

«Man könnte jetzt argumentieren, dass die Energie für den Betrieb des Fernwärmenetzes besonders wenig kostet und dass die höheren Investitionskosten deshalb gerechtfertigt sind. Dies trifft sogar teilweise zu. In den Kehrlichtverbrennungsanlagen (KVA) Hagenholz und Josephstrasse wurden im Jahr 2021 511 GWh Fernwärme aus ohnehin zu entsorgendem Abfall produziert. **Dieser 'Gratisbrennstoff' liefert gemäss Tätigkeitsbericht 2021 jedoch nur 53% der Fernwärmeproduktion von**

Entsorgung und Recycling Zürich. Der Rest wird vom Holzheizkraftwerk Aubugg (16%) geliefert, resp. mit Hilfe von Erdgas und Erdöl erzeugt (31%).»

«Es ist vorgesehen die KVA Hagenholz mit einer dritten Ofenlinie aufzurüsten. **Weil im Gegenzug die KVA Josephstrasse stillgelegt wurde, kann damit die Fernwärmeproduktion mittels Kehrlicht nur unwesentlich gesteigert werden.**»

«Wärmegewinnung aus Gewässern und Kläranlagen»

«Die für die Fernwärmeerzeugung verfügbare **Kehrlichtmenge ist beschränkt und wird bereits im heutigen Fernwärmenetz vollumfänglich genutzt. Die Energie für die neuen Ausbauten muss deshalb aus anderen Quellen stammen.** Gemäss Abstimmungsbüchlein ist vorgesehen, **die zusätzlich benötigten Wärmemengen zum grössten Teil mittels zentraler Grosswärmepumpen zu erzeugen. Diese werden mit Strom betrieben.**»

«Damit stellt sich die nächste Frage: Sind zentrale Grosswärmepumpen so viel effizienter als dezentrale, sodass sich die Investition in ein teures Wärmeverteilnetz lohnt? Die zürcherischen Fernwärmeproduzenten liefern auf ihren Websites **keine Antwort auf diese Frage.** Nach einer kleinen Recherche weiss ich auch warum: **Grosswärmepumpen in einem Fernwärmenetz sind sehr ineffizient.** Die Effizienz einer Wärmepumpe wird über ihre Jahresarbeitszahl (JAZ) ausgedrückt. Eine Wärmepumpe mit einer JAZ von beispielsweise 4,0 kann aus 1,0 kWh Strom 4,0 kWh Wärme produzieren. Die Grosswärmepumpen im Zürcher Fernwärmenetz sollen ihre Wärme aus dem See, der

Limmat sowie der Kläranlage Werdhölzli beziehen. Gemäss einer Studie von Prognos und dem Hamburg Institut liegt die JAZ solcher Grosswärmepumpen zwischen 2,7 (Wärmequelle Oberflächengewässer) und 3,0 (Wärmequelle Kläranlagen, vgl. Tabellen 7 und 8 der Studie). **Für sogenannte Wasser/Wasser-Wärmepumpen sind das sehr schlechte Werte. Dezentrale Wasser/Wasser-Wärmepumpen erreichen eine JAZ von 5,0. Selbst einfache Luft/Wasser-Wärmepumpen, die heute am weitesten verbreitet sind, erreichen Werte von 3,5 und darüber.**»

«**Der Grund für das schlechte Abschneiden der Grosswärmepumpen liegt am hohen Temperaturniveau, welches für die Wärmeeinspeisung im Fernwärmenetz erreicht werden muss.** Während in einem Einfamilienhaus mit Bodenheizung 30°C – 35°C ausreichen, werden im Fernwärmenetz **70°C – 80°C** benötigt. Um dieses hohe Temperaturniveau zu erreichen, **benötigen die zentralen Grosswärmepumpen viel mehr Energie als dezentrale Wärmepumpen.**»

Hinzu kommt, dass der Wärmetransport im Fernwärmenetz mit rund 12% Verlust behaftet

«Kosten für den Endkunden»

«**Kann wenigstens der Endkunde vom Ausbau des Fernwärmenetzes profitieren? Ein Blick in das Tarifmerkblatt sagt nein.** Gemäss diesem belaufen sich die einmaligen Anschlusskosten für ein Einfamilienhaus mit einem Wärmeverbrauch von 20 MWh/a auf 27'500 CHF. Hinzu kommen fixe jährliche Kosten von 1'488 CHF/a und Energiekosten von 78 CHF/MWh. Zum Vergleich: Eine Luft/Wasser-Wärmepumpe für dasselbe Einfamilienhaus kostet mit 27'000 CHF nur unwesentlich weniger. **Die jährlichen Wartungskosten sind mit 250 CHF/a aber deutlich günstiger, und auch die Energiekosten sind bei einem angenommenen Strompreis von 220 CHF/MWh mit 63 CHF/MWh niedriger.**»

«Klimaneutralität»

«**Die Stadtzürcher Fernwärme ist nicht klimaneutral.** Im Jahr 2021 stammten **58% der produzierten Fernwärme aus fossilen Quellen.** Davon stammten 27% aus den fossilen Anteilen des verbrannten Kehrriechts, welche sich kaum vermeiden lassen. 31% stammen aus der Nutzung von Erdgas und -öl, welche eingesetzt werden, um im Winter Spitzenlasten abzudecken.

«Fazit»

«Der Ausbau des Stadtzürcher Fernwärmenetzes ist sehr teuer. **Mit 47'000 CHF für eine Durchschnittsheizung kostet er deutlich mehr als jedes andere auf dem Markt verfügbare Heizungssystem.** Wenn mit den 573 Mio. CHF Luft/Wasser-Wärmepumpen finanziert würden, statt sie für den Ausbau des Fernwärmenetzes auszugeben, könnte man mit dem gleichen Geld **21'200 statt nur 12'200 Heizungen ersetzen.**»

ist. **Insgesamt hat der geplante Fernwärmeausbau eine sehr schlechte Energiebilanz.**»

«**Die Luft/Wasser-Wärmepumpe ist somit bezüglich aller genannten Aspekte günstiger als ein Fernwärmeanschluss.**»

Hinzu kommt, dass die gemäss Tarif anfallenden Anschlusskosten von 27'500 CHF viel zu niedrig sind. Bei Projektkosten von 47'000 CHF pro Heizung verbleibt bei jeder ersetzten Heizung eine Deckungslücke von 19'500 CHF. Wie unter diesen Umständen der mittel- bis langfristig angestrebte wirtschaftliche Betrieb realisiert werden kann ist mir **schleierhaft. Die öffentliche Hand wird wohl oder übel die entstehenden Defizite tragen müssen.** Trotz dieser **verkappten Subvention** bringt die Fernwärme in der Stadt Zürich dem Endkunden keine Kostenvorteile.»

Bis 2040 soll im Stadtzürcher Fernwärmenetz auf fossile Energieträger verzichtet werden. Dazu soll in Tagesspeicherkapazitäten und den vermehrten Einsatz von Biomasse investiert werden. **Selbstredend sind dafür weitere Kredite der öffentlichen Hand nötig was die Rechnung weiter verteuert...**»

«Die Wärme für die neuen Fernwärmeanschlüsse wird mittels **wenig effizienten Grosswärmepumpen aus Strom erzeugt.** Der Endkunde bezahlt trotz beträchtlichen, von der öffentlichen Hand übernommenen Investitionskosten mehr für die Fernwärme als für eine dezentrale Luft/Wasser-Wärmepumpe. Und das ist noch nicht alles: **«Die Stadtzürcher Fernwärme ist nicht einmal klimaneutral!»**

Ausbau Fernwärmenetz Stadt Zürich: Gemeinderat sagt Ja zu 2.26-Milliarden-Kredit,

baublatt, sda 15.12.2025

<https://www.baublatt.ch/kommunal/ausbau-fernwaermenetz-stadt-zuerich-gemeinderat-sagt-ja-zu-226-milliarden-kredit-38499>

«Letzten Samstag hat das Zürcher Stadtparlament dem grössten Rahmenkredit der Stadtgeschichte Grünes Licht erteilt: einem **Kredit von 2,26 Milliarden Franken für den Ausbau des Fernwärmenetzes**. Einzig die SVP war dagegen, derweil merkte die AL Vorbehalte an. Nun liegt der Ball beim Stimmvolk»

«Das Fernwärmenetz ist laut FDP-Stadtrat Michael Baumer **eines der wichtigsten Projekte der kommenden Jahrzehnte**. Heute sind, wie der Vorsteher der Industriellen Betriebe festhielt, erst 30 Prozent des Siedlungsgebietes an die Fernwärme angeschlossen. Bis 2040 sollen es mit dem Rahmenkredit 60 Prozent sein. Bei den restlichen 40 Prozent will man auf 'dezentrale Lösungen' setzen, etwa Wärmepumpen. Lediglich im verschachtelten Ober- und Niederdorf dürfte es gemäss Baumer aber auch in Zukunft nicht ohne Gasheizung gehen.»

«SVP-Gemeinderat Johann Widmer bezeichnete den Betrag als **'Monsterkredit', der dazu**

führen werde, dass man künftigen Generationen einen finanziellen Scherbenhaufen hinterlasse. Weiter meinte er, dass ja nur 60 Prozent des Siedlungsgebietes an die Fernwärme angeschlossen werden und fragte: 'Und was machen die restlichen 40 Prozent?' - Alle übrigen Fraktionen waren jedoch dafür, den grössten Rahmenkredit der Geschichte zu genehmigen: 'Es ist **unfassbar viel Geld, aber sinnvoll**', sagte Beat Oberholzer (GLP). Und Patrick Tschirrig (SP) stellte fest: 'Wir kommen nicht um einen massiven Ausbau der Fernwärme herum.'

Lediglich bei der AL gab es etwas Vorbehalte, nicht nur wegen der Höhe des Betrags: **Fernwärme basiere auf Abfallverbrennung**, sagte Christian Häberli. 'Und gleichzeitig versuchen wir, die Abfallmenge zu reduzieren.' Das sei doch ein **Widerspruch**. Das Ziel müssten laut Häberli eigentlich Null-Energie-Häuser sein.»

«Ausbau hat in ganz Zürich zahlreiche Baustellen zur Folge»

«**Das letzte Wort zum Megakredit hat das Volk**: Es entscheidet im kommenden Jahr über den Betrag. Überraschungen dürfte es wohl eher nicht geben: Denn den früheren Rahmenkrediten in den Jahren 2021 und 2022 im Wert von rund 900 Millionen Franken, die im neusten Kredit enthalten sind, haben die Stimmberechtigten jeweils deutlich Ja gesagt.»

«Die Steuern müssen wegen des Fernwärme-Ausbaus nicht erhöht werden:

Die Investitionen kommen vom städtischen Elektrizitätswerk EWZ, es wird das Geld dann über die angeschlossenen Haushalte wieder hereinholen. Der Ausbau hat allerdings in den kommenden 15 Jahren zahlreiche Baustellen zur Folge: Von Quartier zu Quartier müssen die Strassen aufgerissen und die Leitungen verlegt werden. (sda/mai)

Alle zahlen mit – auch wenn's abgestritten wird

Gerichtsurteile

Solothurn

Bundesgerichtsurteil 1C 243/2017 vom 5.2.2018

Fünf Betroffene wehrten sich dagegen, dass Fernwärme-Leitungen durch ihre Liegenschaften gelegt werden sollten und begingen den Instanzenweg

Erst vor Bundesgericht wurde Ihnen Recht gegeben.

Das Bundesgericht hatte aufschiebende Wirkung bezüglich einer Anschlusspflicht an das FERNWÄRME-Netz erteilt. Die Beschwerdeführer klagten primär auf **Verletzung des rechtlichen Gehörs** – ihnen seien wesentliche Informationen vorenthalten worden.

Das Bundesgericht bestätigte die Verletzung des rechtlichen Gehörs und deckte schwere Mängel auf

Erw. 4.8: «Das Verwaltungsgericht ist auf die entsprechende Rüge nicht eingetreten (vgl. E. 9.1 des angefochtenen Entscheids) und hat damit die **Verfahrensrechte der Beschwerdeführer verletzt**. Daran ändert nichts, dass für die Erstellung des Strom- und Glasfasernetzes kaum je separate Baubewilligungen eingeholt werden, obwohl dafür keine Erschliessungsplanung vorgesehen ist und die in aller Regel auf öffentlichem Strassenareal erstellten entsprechenden Leitungsnetze gemeinhin offenbar unbestritten sind. **Die Beschwerdeführer haben im vorliegenden Zusammenhang Anspruch darauf, auch in das in die Erschliessungsplanung integrierte Baubewilligungsverfahren einbezogen zu werden und ihren entsprechenden Rechtsstandpunkt einzubringen.**

Stossend ist insbesondere

- Die fehlenden Informationen lagen schon vor der ersten Entscheid-Instanz nicht vor;
- Es wurde kein Mitwirkungsverfahren durchgeführt (vgl. dazu Pkt. 3.2, Pkt. 5.3.2 und Pkt. 6;
- Es gelte eine **Mindestgarantie gemäss Art. 4 RPG**, dass die Planungsbehörden neben der Freigabe der Entwürfe zur allgemeinen Ansichtsäusserung **Vorschläge und Einwände nicht nur entgegennehmen, sondern auch materiell beantworten**;
- Bei vier (dürftigen) Informationsveranstaltungen am 28. Oktober und 7. November 2011 sowie am 24. und 31. Januar 2012 wurden **weder eine Anschlusspflicht erwähnt noch die Gründe für die Festlegung des Planungssperimeters vorgestellt**;
- Für die Beschwerdeführer **muss erkennbar sein, aus welchen Gründen ihre Parzellen dem Planungssperimeter zugewiesen wurden**;
- **Hat die Stadt bereits mit der Erstellung des Fernwärmenetzes angefangen, so tat sie das auf ihr eigenes Risiko.**

Empfehlung des Bundesgerichts

Die Einsprecher sollten sich mit entsprechenden Eingaben auch an die Gemeindebehörden wenden. **Betroffene sollten sich schon rein vorsorglich gegen einen Anschlusszwang aussprechen und Vorbehalte zum Perimeter anbringen.**

Verwaltungsgerichtsurteil des Kantons Graubünden U22 52 vom 9. Mai 2023

Im Bereich der Fernwärme gibt es in GR keine eigentliche ‘Grundversorgung’

Angefochten wurde ein als ‘Verfügung’ bezeichneter Entscheid des Gemeindevorstands vom 30. Mai 2022, mit welchem der Beschwerdeführerin eine **Tarifanpassung von 50% für einen Wärmelieferungsvertrag als ‘Verfügung’** mitgeteilt wurde.

Beanstandet wurde, die **Gemeinde sei nicht kompetent bzw. nicht zuständig, einen privatrechtlichen Vertrag mittels Verfügung anzupassen**. Der Wärmelieferungsvertrag sei ein privatrechtlicher und nicht ein verwaltungsrechtlicher Vertrag. **Mit diesem Vertrag würden weder öffentliche Interessen verfolgt noch habe er die unmittelbare Erfüllung öffentlicher Aufgaben zum Gegenstand. Daher müsse die Verfügung vom 30. Mai 2022 für nichtig erklärt werden**. Für die Tarifanpassung seien die Zivilgerichte zuständig.

Die Gemeinde hatte geltend gemacht, sie erfülle mit der Betreibung des Wärmenetzes eine **‘öffentliche Aufgabe’** (umweltschonende Energieversorgung). Die Grundversorgung mit Energie sei Teil des Service Public und die Gemeinde werde von Bund und Kanton unterstützt. **Zudem seien die Preise für die Wärmelieferung nicht frei verhandelbar**. Die Gemeinde habe mit fast 30 Stockwerkeigentumsgemeinschaften (209 Wohneinheiten) einen identischen Wärmelieferungsvertrag abgeschlossen. Sie müsse das Kostendeckungsprinzip einhalten, daher die Tarifierhöhung.

Im Unterschied zum Elektrizitäts- und Gasnetz **fallen thermische Netze weitgehend in die Zuständigkeit der Kantone** (...). Damit ist die gesetzliche Grundlage **im kantonalen oder allenfalls im kommunalen Recht** zu suchen. **Soll die Wärmeversorgung eine Staatsaufgabe sein, muss dies die jeweilige Gemeinde oder der Kanton ausdrücklich gesetzlich festlegen** (...).

Für die Gemeinden im Kanton Graubünden lassen sich aus dem kantonalen Recht **keine direkten Verpflichtungen ableiten, ein eigenes Wärmenetz zu betreiben**. Weder in der Gemeindeverfassung noch in einem kommunalen Gesetz wird die Fernwärme erwähnt. Soweit ersichtlich hat die Gemeinde auch kein kommunales Energiekonzept i.S.v. Art. 8 BEG erlassen, woraus sich eine entsprechende öffentliche Aufgabe ableiten liesse.

Das Verwaltungsgericht verneint, dass der Preis bzw. der Tarif nicht frei verhandelbar sei, weil die Gemeinde das Kostendeckungsprinzip einhalten müsse. Dieses Prinzip sei nur bei öffentlichen Abgaben, namentlich bei kostenabhängigen Kausalabgaben massgeblich, und das Kostendeckungsprinzip komme von Vornherein nicht zum Tragen. (...) **Der Tarif für den Wärmebezug sei keine öffentliche Abgabe**.

Das Verwaltungsgericht entschied, da das Rechtsverhältnis zwischen der Gemeinde als Wärmelieferantin und der Beschwerdeführerin als Wärmebezügerin auf einem Vertrag beruhe, **könne eine Vertragsanpassung – worunter auch die Erhöhung des Tarifs fällt – nicht hoheitlich verfügt werden**. Es gab der Beschwerdeführerin Recht, wonach die Gemeinde mit dem Betrieb des Wärmenetzes nicht unmittelbar eine öffentliche Aufgabe erfülle und damit auch **nicht öffentliche Interessen verfolge**. Entsprechend sei der **Wärmelieferungsvertrag privatrechtlicher Natur** und unterliege der Zivilgerichtsbarkeit. Diese habe über die Rechtmässigkeit der Tarifierhöhung zu entscheiden. Der Beschluss des Gemeindevorstands vom 24. Januar 2022 erweise sich daher als nichtig.

4. Problematik Fernwärme in Deutschland

→ Rote Hervorhebungen durch das Bürgerforum Freienbach

Baden Württemberg: Böblingen und Konstanz

Böblingen: Wärmeverluste zwischen 15-40% IG Fernwärme Böblingen, 29.4.2017

https://www.igfw-bb.de/dokumente/Fernwaermebriefe/Fernwaermebrief_Nr_3_20170429.pdf

Auszüge aus dem Fernwärmebrief

«**Erweiterungen** des Fernwärmenetzes werden der Öffentlichkeit **als Sanierung verkauft**, Fragen zum Personalbestand werden **vorsätzlich falsch** beantwortet, und als Beweis für das 'marode Netz' dient ein Rohr mit einem grossen Loch. Doch das stammt ganz offensichtlich von einer Baggerschaufel, als das Rohr ausgegraben wurde. Das ist die Desinformationspolitik der SWBB. Auch in Böblingen gibt es 'alternative Fakten' und davon eine ganze Menge, besonders bei der Firma, die mehrheitlich der Stadt und damit den Böblinger Bürgern gehört.

«Bei grossen Netzen in Deutschland, wie hier in Böblingen, **liegen die Wärmeverluste zwischen 15% und 40%.**»

«Fernwärmeleitungen rosten allerdings dann von aussen, wenn sie im Grundwasser liegen oder das sie umgebende Erdreich nass ist. Dies geschieht üblicherweise durch **Regeneinwirkung**,

schlechte Drainage oder undichte Wasser- oder Abwasserleitungen in der näheren Umgebung.»

«**Begehbare Schächte sind allgemein bekannte Schwachstellen in Fernwärmenetzen** und müssen regelmässig gewartet und ggf. repariert oder ersetzt werden. Die Schächte sind üblicherweise aus Stahlbeton und werden, wie Strassenbrücken aus Stahlbeton, **durch Verkehrslasten und Salzwasser geschädigt**. Genau wie bei Brücken muss beim Auftreten von Schäden der Beton saniert oder der Schacht komplett ersetzt werden. **Korrosionsschäden an Leitungen und Armaturen in Schächten treten in Fernwärmenetzen relativ häufig auf** und werden meist durch von oben in den Schacht eindringendes Wasser und besonders Salzwasser verursacht.»

Zukunft der Konstanzer Stadtwerke wieder offen, karla-magazin.de, 4.7.2023

<https://karla-magazin.de/politik/zukunft-der-konstanzer-stadtwerke-wieder-offen-warum-der-thuega-deal-geplatzt-ist>

«So plötzlich und konkret der Einstieg der Thüga bei den Stadtwerken war, so schnell ist er nun wieder vom Tisch. **Warum Oberbürgermeister Uli Burchardt die Entscheidung für eine Partnerschaft mit dem Energie-Riesen zurückgezogen hat und was das für die Stadt in Zukunft bedeutet.**»

«Der Einstieg des Energie-Konzerns Thüga ist vom Tisch. Die Gespräche zwischen dem Konzern und dem kommunalen Unternehmen sind gestoppt. Die Stadtwerke Konstanz werden

sich nun auf andere Möglichkeiten strategischer Kooperationen fokussieren, teilte das kommunale Unternehmen mit.»

«Grund für das Aus des umstrittenen Thüga-Deals ist die Kehrtwende, die Konstanz' Oberbürgermeister gemacht hat. Auf der letzten Sitzung des Gemeinderats vor der Sommerpause sollte eigentlich über die strategische Partnerschaft abgestimmt werden. Stattdessen hat Uli Burchardt (CDU) das Thema von der Tagesordnung genommen. Seine Begründung:

Aktuell gebe es **keine breite Basis für eine mehrheitsfähige Lösung**. Ende der Diskussion.

Seine Strategie: **Rückzug statt Niederlage. Zu gross war zuletzt die Gefahr geworden, dass das Rathaus mit den Thüga-Plänen nicht durchkommen könnte**. Selbst die CDU-Fraktion war von dem Vorhaben, das Uli Burchardt bis zum Schluss sehr befürwortet hat, am Ende nicht mehr überzeugt.»

«Die Thüga kündigte mit Blick auf die aktuelle Stimmung in der Stadt den Rückzug an. 'In

vielen Gesprächen mit Vertretern der Stadt und den Stadtwerken haben wir unser Kooperationsangebot vorgestellt, mit dem wir gemeinsam mit den Stadtwerken die notwendige Energie-, Wärme- und Mobilitätswende in Konstanz deutlich hätten vorantreiben können', so Thüga-Sprecher Detlef Hug auf Anfrage.

Jedoch sei ein breiter kommunalpolitischer Konsens, der Grundlage für eine dauerhafte erfolgreiche Partnerschaft sei, nicht erreicht worden. 'Das bedauern wir.'»

«Das Problem: Es fehlte an Transparenz»

«So plötzlich wie das Thema an die Öffentlichkeit kam, so schnell ist es auch wieder verschwunden. Dass sich die Ereignisse in nur wenigen Wochen so sehr zugespitzt haben, liegt vor allem an fehlender Transparenz. **Nicht nur die Öffentlichkeit war gegenüber dem Vorhaben kritisch, auch die Gemeinderäte fühlten sich zunehmend schlecht informiert**. Und das, obwohl erst vor wenigen Wochen auf Beschluss des Gemeinderats ein Rat sachkundiger Experten zu dem Thema einen ganzen Tag lang konstruktiv, aber dennoch kontrovers diskutiert hat, wie aus dem Protokoll hervorgeht.»

«Die Stimmung im Gemeinderat kippte komplett, als ein nicht unerhebliches Detail im möglichen gemeinsamen Vertrag zum Vorschein kam. Neben der Energiesparte sollte auch der Bereich Wasser in die neue Gesellschaft mit der Thüga ausgegliedert werden. In beiden Bereichen würde es bei einem Zusammenschluss mit dem Energie-Konzern zu Synergien kommen, hiess es in einer Rathausvorlage. Die Vorlage hatte auch in groben Zügen den Inhalt eines möglichen Vertrages mit der Thüga skizziert.»

«Der sogenannte Letter of Intent, der zuvor in seit mehreren Monaten andauernden Gesprächen zwischen Thüga, Stadtwerke und dem Aufsichtsrat – an dessen Spitze Uli Burchardt steht und in dem neben Arbeitnehmervertreter auch acht Gemeinderäte sitzen – **unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert** wurde, kam damit erstmals öffentlich zum Vorschein. Und **plötzlich ging es nicht mehr nur um die**

Ausgliederung des Energiebereichs der Stadtwerke, sondern auch um die gewinnbringenden Sparten Wasser und Telekommunikation, wobei man bei Letzterem von Rathausseite wenig Synergien gesehen hat und diesen Bereich nicht einbringen wollte.

'Die Ausgliederung zentraler Bereiche der Daseinsfürsorge sehen wir sehr kritisch', teilte daraufhin die CDU-Fraktion mit. Dadurch **werde der Einfluss der Kommune auf diese Bereiche erheblich eingeschränkt**. Die SPD forderte, dass die Kontrolle über Wasserqualität, Wasserpreis sowie Wartung, Instandhaltung und Ausbau der Netze auf Dauer in Konstanz verbleiben müsse. 'Auch eine Beteiligung öffentlich getragener Unternehmen lehnen wir ab', so SPD-Stadtrat Jan Welsch.»

«Wie geht es jetzt weiter? 'Die relativ schnelle, einseitige Festlegung auf die Thüga als möglichem Partner war von Anfang an problematisch, ist doch die Thüga bisher eher im Gas-handel verortet und nicht als innovativer Treiber der Energiewende aufgefallen', teilt die Fraktion der Freien Grünen Liste (FGL) in einer Presseerklärung mit. Ihr Vorschlag: 'Konstanz soll sich mit der Schweiz zusammentun, im nahen Kanton Thurgau sei jüngst eine Studie zur Nutzung von Seewärme erstellt worden.' Darin sieht die FGL grosses Potential.

«Bevor über weitere Alternativen gesprochen werde, betont Simon Pschorr von der Linken Liste Konstanz, müssten durch den Gemeinderat zunächst die politischen Rahmenbedingungen für eine Kooperation festgelegt werden. Zunächst müsse geklärt werden, was man eigentlich wolle, um dann die dafür

geeigneten Partnerschaftsmodelle oder Zusammenarbeiten zu suchen.»

«Die CDU will vor einer neuen Entscheidung zwei Punkte geklärt haben: So **muss erstens ein kommunaler Wärmenutzungsplan**

vorliegen und zweitens ein technischer Geschäftsführer für die Stadtwerke bestellt werden, der die **Entscheidungen dieser grossen Tragweite mitverantworten** sollte.»

«Idee des Jungen Forum Konstanz: Bürgerbeteiligungsmodelle»

«**Maximal mögliche Transparenz des Prozesses und der Entscheidungsgrundlagen dem Gemeinderat, aber auch der Öffentlichkeit gegenüber**», fordert hingegen das Junge Forum Konstanz und verweist auf die **‘gescheiterte Vorgehensweise, bis zuletzt so komplexe und wichtige Entscheidungen zum Grossteil hinter verschlossenen Türen zu diskutieren. Wir sehen in der Verschiebung die Chance, den Entscheidungsprozess neu zu starten und ausgeblendete Argumente und Alternativen wie**

Bürgerbeteiligungsmodelle und/oder andere Partner zu hören und zu diskutieren», heisst es in einer Pressemitteilung der Fraktion.

In der FDP-Fraktion ist man sich hingegen **gar nicht sicher, ob eine Kooperation überhaupt sein muss. ‘Für eine solche Entscheidung fehlen uns noch Daten. Deswegen sind wir nicht unglücklich über etwas mehr Zeit zum Nachdenken’**, so FDP-Stadtrat Heinrich Everke.»

«Stadtwerke wollen prüfen, was sie alleine machen können und wo Hilfe nötig ist»

«Wäre der Deal mit der Thüga zustande gekommen, hätte der Vertrag zwischen beiden Partnern – so die Planung des Rathauses – zu Ende des Jahres stehen können. Die Stadtwerke selbst versprechen als Ausblick auf die

kommenden Monate einen noch intensiveren Austausch mit den Aufsichtsräten und dem Gemeinderat. ‘Wir wollen vereinbaren, was wir künftig alleine angehen werden und wo wir Ziele innerhalb von Kooperationen umsetzen’, so Stadtwerkechef Norbert Reuter.»

Bayern: Wenzenbach, Fürstenfeldbruck und Landshut

Bayern: Abgestellte Fernwärme 2024 BR quer, 2024

<https://www.youtube.com/watch?v=gVRcBWMKdXk>

«Da entstehen im Zuge der Wärmewende neue Monopole und neue Probleme»

«Bürgerversammlung in Wenzenbach bei Regensburg – **der ganze Ortsteil ist gekommen, weil es hier gerade in vielen Haushalten keine Heizung gibt**. Seit fast drei Wochen hat der Fernwärmeanbieter **die Anlage ausgeschaltet, nach jahrelangen Rechtsstreitigkeiten**. Auch in Holzburg, Landkreis Aichach-Friedberg hat der Anbieter Anwohnern die Heizung abgedreht (...) mitten im Dezember (...) **bei minus 15 Grad**. Auch anderswo in Bayern gab es Streit mit den Anbietern:

- **Erhöhung um 73%, Preisschock:** Fernwärme wird auch in Nürnberg deutlich teurer
- Energieversorgung, Kritik an hohen Fernwärmepreisen in Freising
- München – **Preis für Fernwärme explodiert**
- Energiekosten: Die **undurchsichtigen Fernwärmepreise der Stadtwerke** München
- Schongauer Fernwärme: **Preis fast verdoppelt**

- **Kosten für Fernwärme explodieren – und die Kunden sind machtlos**
- Schongauer Fernwärme: **Preis fast verdoppelt**»

«Experten warnen auch: Wenn Sie sich aber mal für Fernwärme entschieden haben, dann sind Sie **‘gefangen’, wenn Energie in der Hand von nur einem ist, hat der Verbraucher einen schweren Stand**, er kann, statt zu wechseln, höchstens klagen. Der Betreiber sagt, durch jahrelange Prozesse sei zu wenig Geld

geflossen, mittlerweile habe er **Ausstände von 1.6 Millionen Euro** (...) dann folgt irgendwo zwangsläufig das **Insolvenz-Thema**».

«Sebastian Koch, Bürgermeister Wenzenbach – nach der Insolvenz des Monopolisten: ‘Da die Wärmeversorgung nicht zur kommunalen Daseinsvorsorge zählt, habe ich **keine öffentlich-rechtliche Handhabe. Wir können unternehmerische Fehlentwicklungen oder vielleicht auch Falschentscheidungen nicht mit öffentlichem Geld abfedern**’».

Fürstenfeldbruck, es fehlen seit 2014 rund vier Millionen Euro, Merkur, 29.10.2025

<https://www.merkur.de/lokales/fuerstenfeldbruck/germering-ort28724/stadt-gleicht-millionen-defizit-in-energiesparte-der-stadtwerke-aus-94009846.html>

«Grundsatzfrage zur Fernwärme: Werkreferent Christian Ganslmeier (CSU) nahm die Diskussion zum Anlass einer Grundsatzfeststellung: **Mit Fernwärme kann zurzeit kein Geld verdient werden**. Wenn man CO₂ einsparen will, muss man das offenbar bezuschussen. Und er

fügte hinzu: **«Da kommen wir erst raus, wenn wir uns entschliessen, wieder Öl und Gas zu verbrennen.»**

«Seit 2019 fehlen rund vier Millionen Euro»

«Nun **muss die Energiesparte zusätzliche Rücklagen bilden und einen Kassenkredit aufnehmen.**»

«Das Ausmass der Verluste wurde jedoch erst im Zuge einer Routineüberprüfung deutlich. Kämmerer Rene Mroncz erläuterte im Stadtrat, dass sich seit 2019 rund vier Millionen Euro Defizit angesammelt haben. Den Stadtwerken habe deshalb eine massive Unterdeckung gedroht, die die Stadtverwaltung mit Sofortmassnahmen ausgeglichen habe. Unter anderem seien die Betriebskostenzuschüsse für das Hallenbad und das Freizeitzentrum vorab ausbezahlt worden.»

«Das allein reicht jedoch nicht zur Deckung. Zusätzlich müssen die Rücklagen der Energiesparte um eine Million Euro erhöht und ein weiterer Betriebskostenzuschuss von 2,5 Mil-

lionen Euro gewährt werden. **Für die verbleibenden rund 500'000 Euro müssen die Stadtwerke einen Kassenkredit aufnehmen.**»

«Fehler bei Abrechnungen: Als Ursache für das zunächst unbemerkte Minus nannte Mroncz, dass die **Abrechnungen der einzelnen Betriebszweige der Stadtwerke nicht ausreichend trennscharf** gewesen seien. **Mit den Zuschüssen für die defizitären Bereiche Hallenbad und Freizeitzentrum sei die Unterdeckung der Energiesparte faktisch mit ausgeglichen** worden – ohne dass dies erkannt worden sei.»

«SPD-Fraktionssprecher Daniel Liebethuth bezeichnete den Vorgang als **‘unglaublich’ und forderte eine vollständige Offenlegung der Ursachen. Auch die Verträge in der Energiesparte** müssten seiner Ansicht nach **transparent** gemacht werden.»

Offenlegung aller Kosten – unerlässlich

«Das Projekt war umstritten, von Anfang an»

«Im Jahr 2023 erwirtschaftete das Biomasseheizkraftwerk den grössten Verlust seiner Geschichte – unter anderem wegen hoher Gaspreise. **Verluste: - 6.5 Mio Euro / Über 100 Millionen Euro hat die Fernwärme in Lands-**

hut bislang gekostet. Jahr für Jahr fährt das Biomasseheizkraftwerk hohe Verluste ein.»

Zum Vergleich: Einwohner Bezirk Höfe, Ende 2024: 30'224, Einwohner Landshut: 71'864

Berlin: Neukölln

03.09.2025, 06:03 Uhr BZ Berlin, 3.9.2025

<https://www.bz-berlin.de/berlin/neukoelln/fernwaerme-schock-abzocke>

«Fernwärme-Schock»

«Viele Betroffene empfinden das sehr wohl als Abzocke. Die **Preise für Fernwärme explodieren geradezu**. Politiker und Experten mahnen, die betroffenen Mieter besser zu informieren.»

«Seit dem 1. August gelten für Neu-Kunden der Fernheizwerk Neukölln AG (FHW) neue Preise – gegenüber den bisherigen Werten eine **Steigerung um bis zu 50 Prozent!** Von 59,79 Euro/kW auf 90,95 Euro/kW (für die ersten 251 kW).

‘Steigende Kosten durch den Kohleausstieg, den Umbau hin zu einer CO₂-neutralen Wärmeerzeugung sowie die allgemeine wirtschaftliche Lage machen diese Änderungen notwen-

dig’, so das Unternehmen. Es hat 61.000 Kunden. Man habe **nur den Grundpreis angepasst**, so eine FHW-Sprecherin zur B.Z. ‘Dieser richtet sich nach **dem Anschlusswert: kleinere Anschlüsse sind im Vergleich kostenintensiver als grosse.**’ Der für Kunden relevante Mischpreis (Durchschnitt aus Grund- und Verbrauchspreis) steige nur moderat.»

«Das Fernheizwerk Neukölln gehört zu 80 Prozent der Berliner Energie und Wärme GmbH (BEW) – diese Firma wiederum ist seit 2024 landeseigen. Und kündigt selbst eine Preiserhöhung für 2026 an: ‘Voraussichtlich im niedrigen einstelligen Prozentbereich.’»

«Monopolstellung der Fernwärme-Versorger»

«Mieten-Experte Niklas Schenker (32, Linke): **‘Viele Konzerne tricksen mit den Heizkosten.** Die Bundesregierung muss jetzt handeln und Fernwärmekunden entlasten.’ Ansonsten müsse der Senat selbst eingreifen. ‘Wir brauchen einen Heizkostenfonds, der Mieter schützt und finanziell entlastet, wenn sie **unverschuldet in die Kostenfalle** geraten.’

Der Neuköllner Abgeordnete Christopher Förster (39, CDU) fordert eine Ehrlichkeit in der Debatte um Preiserhöhungen: ‘Viele Betroffene empfinden dies angesichts der **Monopolstellung der Fernwärme-Versorger** sehr wohl als **Abzocke!**’

Katrin Schmidberger (43, Grüne): ‘Da Fernwärme ein Monopol ist, hat man keine Möglichkeit, den Anbieter zu wechseln wie etwa beim Strom. Einfluss auf die Preisgestaltung ist deswegen schwer.’

David Eberhart vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen: ‘Die angekündigten oder schon durchgeführten Preisanpassungen sind aus Sicht der Mieter zwar bitter. Sie sind aber leider unumgänglich, um die Umstellung auf eine CO₂-freie Wärmeversorgung zu finanzieren.’ Nötig sei Transparenz. ‘Die Menschen müssen wissen, was auf sie zukommt.’»

Hamburg

Hamburg: Kostenschock – wo die Fernwärme richtig teuer wird Bild, 12.4.2025

<https://www.facebook.com/bild/posts/30-rauf-in-hamburg-kostenschock-wo-die-fernwaerme-richtig-teuer-wird/1086013093558925/>

«30% Aufschlag in Hamburg»

«Energiewende belastet Hamburgs Verbraucher mit 40 Milliarden Euro. Jetzt hängt an der sogenannten grünen Energiewende in Hamburg plötzlich ein monströses Preisschild. **Der stadteigene Versorger, die Hamburger Energiewerke, haben angekündigt, dass der Preis für Fernwärme im kommenden Jahr um satte 30 Prozent steigen soll!** Gleichzeitig wird bekannt, dass die Baubehörde damit rechnet, dass die Kosten für die angestrebte Klimaneutralität bei Wohnhäusern von 33 auf 40 Milliarden Euro wachsen.»

«**Alles zu zahlen von Mietern und Hauseigentümern!** Der Kostenschock bei der Fernwärme, über die das 'Hamburger Abendblatt' zuerst

berichtete, wurde vom rot-grünen Senat jahrelang als vermeintliches Allheilmittel gepriesen. **Besonders bitter: Immer hiess es, das werde sozial abgefedert,** die Wohnkosten würden höchstens moderat steigen.»

«Davon ist nun keine Rede mehr. **Die Mehrkosten, die für Energie auf Mieter zukommen, sind heftig.** Am Beispiel einer 70-qm-Wohnung sind es 300 Euro mehr pro Jahr. Vor allem für sozial Schwächere eine Menge Geld. Insgesamt hängen in Hamburg 540.000 Wohneinheiten am Fernwärme-Netz.»

«Das neue Kraftwerk in Hamburg-Waltershof **kostet plötzlich 650 statt 600 Mio. Euro**»

Hessen: Dietzenbach, Grosskrotzenburg, Offenburg und Wetzlar

Dietzenbach: Streit über Schulden eskaliert, Warmwasser in fünf Hochhäusern abgestellt

top-online.de, 8.9.2023

<https://www.op-online.de/region/dietzenbach/dietzenbach-spessartviertel-fernwaerme-abgestellt-mieter-gegen-hausverwalter-92506637.html>

«Bewohner des Spessartviertels in Dietzenbach sind weiterhin ohne Warmwasser. Sie **demonstrieren vor dem Rathaus gegen die Abschaltung der Fernwärme in ihren Wohnungen.** Dietzenbach – Tag zwei ohne warmes Wasser. Die Bewohner des Spessartviertels, das seit Mittwochmorgen von der Fernwärme gekappt

ist, setzen ihr Vorhaben in die Tat um und versammeln sich vor dem Rathaus. Die Energieversorgung Dietzenbach (EVD) hatte den Bewohnern von fünf Hochhäusern wegen nicht bezahlter Rechnungen die Fernwärme abgestellt.»

«Dietzenbach: Protest vor dem Rathaus»

«Es sind rund 40 Menschen, die sich auf dem Europaplatz Gehör verschaffen wollen. 'Wir wollen warmes Wasser, was ist das für eine Schweinerei, warum macht ihr nichts?', ruft Yanmaz Bürgermeister Dieter Lang und dem Ersten Stadtrat René Bacher entgegen, die sich

inzwischen mit Mikrofon und Lautsprecher vor dem Rathauseingang positioniert haben – bereit zu reden, aber nicht zu antworten.

'Wisst ihr, wer schuld ist an dieser Lage?', fragt Lang laut übers Mikrofon. 'Die Hausverwaltung', heisst es aus der Menge.

Das bestätigt der Bürgermeister und erklärt damit die Immobilienverwaltung FFM GmbH zum gemeinsamen Feind. 'Wenn Sie kein Gehalt bekommen, hören Sie doch auch auf zu arbeiten', zieht Lang den Vergleich, 'und so haben wir es auch gemacht.' Damit entschuldigt und rechtfertigt er den Schritt der Energieversorgung Dietzenbach (EVD), die Fernwärme eingestellt zu haben. Er untermauert das mit

einer Auflistung der ausstehenden Beträge, die er bereitwillig auf Zetteln austeilt. Auf der Liste ist nachzulesen, dass manche Beträge nur teilweise, andere gar nicht bezahlt worden sind. Die Demonstrierenden stecken die Köpfe über den Listen zusammen. Auf Ratenzahlungen habe sich der Verwalter auch nicht eingelassen, erklärt der Bürgermeister.»

«SPD-Landtagskandidat will Staatsanwaltschaft einschalten»

«Die Frage, wann wieder warmes Wasser fließt, übergehen die Politiker und betonen: 'Die Hausverwaltung muss wechseln.' Zu erreichen wäre das über einen Beschluss in der Eigentümerversammlung – um diese ausserordentlich einzuberufen, schlagen Bürgermeister und Stadtrat eine Unterschriftenaktion vor. Die sie selbstverständlich schon vorbereitet haben.»

«So werden Klemmbretter mit Tabellen und Stiften weitergereicht, auf denen sich die Anwesenden eintragen. Halil Öztas, Landtagskandidat der SPD und Rechtsanwalt, sieht einen Lösungsansatz: die Staatsanwaltschaft einschalten. **'Wenn der Verwalter nicht zahlen kann, muss er Insolvenz beantragen'**, sagt er. **Und da die EVD nun schon länger auf die Begleichung der Beträge warte, könne man sogar an Insolvenzverschleppung denken.**»

«Spessartviertel in Dietzenbach: Hausverwalter weist Vorwürfe zurück»

«Dem widerspricht Marcel Haufschild, Geschäftsführer der Immobilienverwaltung FFM GmbH, auf Nachfrage der Redaktion: Seine Firma sei zahlungsfähig, Schuldner seien die

Besitzer. 'Die Eigentümergemeinschaft wäre schon lange insolvent, wenn sie eine GmbH wäre.'»

Grosskrotzenburg: Grüne Versorgung als ökonomischer Albtraum E. Böminghaus
https://x.com/E_Boeminghaus/status/1905004885977764219

«Geplatzter Traum von Energiewende»

«Die Wärmeenergie Grosskrotzenburg ist insolvent – das ambitionierte Fernwärmeprojekt mit Flusswärmepumpen, Solarenergie und Holzpellets liegt in Trümmern.

30 Millionen Euro standen gerade einmal 720 Kunden gegenüber. Die erhoffte grüne Versorgung entpuppt sich als **ökonomischer Albtraum**. 'Verlorene Jahre, verbranntes Geld'.

Trotz Förderzusage vom Bund und jahrelanger Planung gab es am Ende kein tragfähiges Konzept. Der Partner EAM zog sich zurück, die Bank machte dicht, die Insolvenz war unausweichlich. **Statt nachhaltiger Wärme gibt es nun heiße Luft** und Gespräche mit Hanau – die man 2021 noch abgelehnt hatte. 'Das ist **kein Strukturwandel. Das ist Rückbau** mit An-sage.'»

Viel heiße Luft – statt heisses Wasser

«Preisschock beim Fernwärmeanschluss: '27.000 Euro für vier Meter – ein Wahnsinn'»

«Fernwärme ist in Offenbach für anschlusswillige Hauseigentümer eine teure Sache. Grösster Kostenblock sind die Tiefbauarbeiten. Die Wärmeversorgung in Offenbach soll künftig zu 70 Prozent durch Fernwärme abgedeckt werden. Als Bremse könnten sich die Kosten für Hausanschlüsse erweisen.»

«Offenbach – Wie die **Kosten für einen Hausanschluss** einen grundsätzlich der Fernwärme zugeneigten Hausbesitzer abschrecken, zeigen Beispiele: Bei Andreas V., Immobilieneigner am Nordring, ruft der zuständige EVO-Ableger Energienetze Offenbach (ENO) für vier Meter Anschluss (Anschlusswert 50 kW) von der bereits in der Strasse liegenden Fernwärmeleitung bis zum Haus 27.000 Euro auf. Die Kosten für die Übergabestation sind da noch nicht eingerechnet.»

«Gleiches Muster, noch höhere Rechnung bei einem von Senioren bewohnten Zweifamilienhaus an der Schubertstrasse: 13,45 Meter bis zum Haus, 41.000 Euro. Plus 21.000 Euro für die Übergabestation, plus fast schon vernachlässigbare Kosten von 3.000 Euro für ein Gutachten, das dem Boden Bombenfreiheit bescheinigt. Der Fairness halber sei hinzugefügt, dass in jedem Fall **staatliche Förderung** fließt: So kann Andreas V. laut ENO nach Inbetriebnahme seines Anschlusses mit etwa 9.000 Euro Zuschuss rechnen, was seine Kosten auf 18.000 Euro reduzieren würde.»

«Ungeachtet der **nicht sicheren Fördersumme** halten die Betroffenen die aufgerufenen Kosten für viel zu hoch. Die Senioren haben sich deshalb in einem Schreiben an die zuständige grüne Dezernentin Sabine Gross gewandt. Sie wollen unter anderem wissen, wie sich diese

Preise mit der städtischen Strategie zur Wärmewende vertragen. Eine Antwort der Bürgermeisterin steht bislang aus.»

«Dabei geht alles offenbar billiger, viel billiger. Ein Anruf bei den Stadtwerken der etwa 112.000 Einwohner zählenden bayerischen Stadt Erlangen, die im Internet als vergleichsweise günstiger Anbieter genannt werden: '27.000 Euro für vier Meter – ein Wahnsinn', sagt der für Fernwärmeanschlüsse zuständige Mann im Mittelfränkischen. In Erlangen sei so etwas im teuersten Fall für etwa 10.000 Euro zu haben. Der Experte rechnet vor: Für die Tiefbauarbeiten sind 600 Euro pro Laufmeter zu veranschlagen, hinzu kommen Materialkosten, die bei Fernwärmeleitungen höher liegen als bei anderen Versorgungsleitungen, sowie die Verlegung.»

«Die Rechnung der Erlanger könne er nicht nachvollziehen, sagt EVO-Sprecher Harald Hofmann. Zugleich betont er, **der grösste Kostenblock bei den Hausanschlüssen der ENO seien die extern vergebenen Tiefbauarbeiten, die mehr als 90 Prozent der Kosten ausmachen**. Im Fall des Hausbesitzers im Nordring seien das etwa 24.000 Euro, wobei dort besonders viele weitere Leitungen auf den vier Metern die Sache zusätzlich verkompliziert hätten. Hofmann versichert: 'Die Tiefbaukosten geben wir direkt weiter, wir schlagen da nichts drauf.'

Die Arbeiten würden nach Ausschreibung an regionale Unternehmen vergeben, mit denen man Jahresverträge schliesse. **Dass Hauseigentümer die Tiefbauarbeiten selbst beauftragen**, wie es Andreas V. vorschlägt, sei **aus rechtlichen Gründen nicht möglich**.»

«Fernwärme abgestellt: Familien in Wetzlar frieren»

«Während in Wetzlar **ein ganzes Wohnviertel seit einigen Monaten ohne Heizung und warmes Wasser** auskommen muss, tritt dort aus einigen Gullys ununterbrochen Energie in Form von Wasserdampf aus. Wegen eines maroden Fernwärmenetzes steht ein privater Energiedienstleister in der Kritik. Und das nicht zum ersten Mal.»

Katrin und ihre Hündin Neska versuchen es sich unter einer warmen Decke gemütlich zu machen. Es ist kalt, die Heizung funktioniert nicht. Wie ihr ergeht es auch mehr als 70 anderen Anwohnern im Stadtteil Westend in Wetzlar.

Bei mindestens 26 Häusern, darunter eine Kita und ein Nachbarschaftszentrum, kommt hier schon seit drei Monaten keine Fernwärme mehr an. Das Resultat: Raumtemperaturen von gerade mal 18 Grad und gesundheitliche Folgen.

«Aus gleich mehreren Stellen im Viertel tritt heisser Wasserdampf aus. Energie, die eigentlich in den Häusern ankommen sollte. **Das Fernwärmenetz des privaten Energieversorgers EAB scheint marode. Dass es bei 40 Jahre alten Leitungen mal ein Leck gibt, sei normal,** so Umweltdezernent Norbert Kortlücke. Für gewöhnlich würden solche allerdings innerhalb weniger Tage repariert. Anders in Wetzlar.

Seit Mitte Juli bleibt hier ein ganzes Wohnviertel kalt.

Norbert Kortlücke, B'90 / Die Grünen,

Umweltdezernent Wetzlar: 'Deswegen haben wir selber als Stadt auch einen Anwalt eingeschaltet, weil wir hier mit dem Nachbarschaftszentrum Kunden sind und wir müssten Wärme geliefert bekommen. Und wir haben **allen anderen Anwohnern auch geraten: Lasst euch anwaltlich vertreten.**'»

EAB steht schon länger in der Kritik: **Fehlerhafte oder fehlende Abrechnungen, falsch geeichte Fernwärmezähler sowie permanente Unerreichbarkeit.** Auch für 1730 Sat.1 LIVE kein Durchkommen. Weder telefonisch, noch online.

Inessa Del hat dieses Haus vor zwei Jahren gemeinsam mit ihrem Mann gekauft und viel Geld in die Renovierung der insgesamt zehn Wohnungen gesteckt: 'Wir haben jetzt schon die erste Kündigung bekommen. Der Winter steht vor der Tür. Wir haben Herbst, es ist kalt. Die Leute wollen wissen, wie es weitergeht. Ich kann keine Antwort geben. Wir sind platt. Das macht **schlaflose Nächte.**'

Eine Kontrolle wie bei Strom und Gas durch die Bundesnetzagentur, die über die Versorgung wacht, gibt es bei Fernwärme nicht. Die Stadt Wetzlar versucht zu helfen. Im Nachbarschaftszentrum soll ein beheizter Aufenthaltsraum eingerichtet und davor ein mobiler Duschcontainer aufgestellt werden.»

Mecklenburg-Vorpommern: Pinnow und Rostock

Fernwärme-Fiasko in Pinnow: Ganze Stadt tagelang ohne Heizung und Warmwasser

Bundle: 29.11.2025

<https://www.bundle.app/de/nachrichten/fernwaerme-fiasko-ganze-stadt-tagelang-ohne-heizung-und-warmwasser-69E82319-DE28-40C1-8BA0-86109545FE34>

«Kalt erwischt hat es die Stadt Pinnow (Landkreis Ludwigslust-Parchim, Mecklenburg-Vorpommern) im November. Die Fernwärme ist

ausgefallen, drei Kessel und die Leitungen sind teils kaputt. **Die Bewohner müssen warten.»**

«Seit dem 20. November kämpfen **mehr als**

140 Haushalte in Pinnow gegen die Kälte in den eigenen vier Wänden. **Die Fernwärme ist komplett ausgefallen und lässt Familien, Senioren und Kinder ohne Heizung und warmes Wasser zurück.»**

«Das Heiz-Drama in der kleinen Gemeinde im Landkreis Ludwigslust-Parchim offenbart **ein grundlegendes Problem**: Das **35 Jahre alte Fernwärmesystem ist am Ende seiner Kräfte**. Bürgermeister Günter Tiroux beschreibt die **prekäre Situation** im NDR drastisch: 'Von drei Heizkesseln funktioniert einer gar nicht, einer verliert massiv Wasser und einer schaltet sich immer wieder ab'. Betroffen waren zwei Gaskessel sowie eine Pellets-Anlage. Zusätzlich sind die Leitungen verrostet und weisen ein Leck auf, das mit Wärmebildkameras gesucht wird.»

«Erste Linderung folgte erst am Donnerstag (27. November). Die Pellets-Anlage konnte

wieder in Betrieb genommen werden. Der Gemeinde war es gelungen, einen früheren Reparaturtermin zu ergattern, als zuvor gedacht. **Die Heiz-Krise ist damit aber noch nicht vorbei.**

Am frühen Freitagabend dann **gute und schlechte Nachrichten**. Positiv: Das Netz ist stabil. Der Pelletskessel liefert 70 Prozent der Grundlast und der mobile Gaskessel soll noch am selben Abend in Betrieb genommen werden (bis Freitag hatten Anschlussrohre gefehlt). Die schlechten Nachrichten: Die Vorlauftemperatur steigt nur langsam wieder, die Stadt erwartet auch in der kommenden Woche noch Temperaturschwankungen aufgrund von Reparaturen. 'Die volle Leistung von 70 Grad wird erst Mitte/Ende der Woche erreicht werden', schreibt die Gemeinde. Ein gebrauchter 500-kw-Kessel soll am Montag installiert werden, ein weiterer Leih-Ölkessel am Mittwoch.»

«System alt und marode: Stadt Pinnow plant schon lange Fernwärme-Ausstieg»

«**Die aktuellen Reparaturen sind jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein, auch die Leitungen sind verrostet. Die Gemeinde plant bereits den kompletten Ausstieg aus der Fernwärme binnen fünf Jahren. Der Grund: Das System weist Wärmeverluste von mehr als 35 Prozent auf und eine Sanierung würde drei bis vier Millionen Euro kosten – für die Gemeinde unwirtschaftlich.** In anderen Gemeinden hingegen, wo das System funktioniert,

kann es **Anschlusszwang bei der Fernwärme** geben.

Da Pinnow keine grossen Summen mehr in das marode System investieren will, wurden bewusst gebrauchte Heizkessel angeschafft. Die 160 noch angeschlossenen Haushalte müssen sich bis zur Abschaltung alternative Heizsysteme organisieren. (Verwendete Quellen: Gemeinde Pinnow, NDR)»

Rostock NDR-Fernsehen, 8.5.2025

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Fernwaerme-abgeschaltet-Suedstadt-Center-Rostock-ohne-Heizung,fernwaerme352.html>

«Fernwärme abgeschaltet: Südstadt-Center Rostock ohne Heizung»

«Dem Südstadt-Center Rostock ist **wegen offener Rechnungen erneut die Fernwärme abgeschaltet** worden. Eine **Notgemeinschaft** soll künftige Versorgungsausfälle vermeiden.»

«Im Südstadt-Center in Rostock bleiben seit Donnerstagmorgen die **Heizungen kalt**. Nach Angaben der Stadtwerke Rostock begleihe das Unternehmen seit 2023 die Rechnungen

entweder gar nicht oder nicht in der vereinbarten Höhe. Bereits im März war die Fernwärme im Südstadt-Center für einige Tage abgestellt worden. Auch das Klenow Tor in Rostock Gross Klein war bereits betroffen - beide Einkaufszentren gehören der Immobilienfirma Hedera Bauwert aus Berlin.»

«Gründung einer Mieternotgemeinschaft»

«**Dutzende Geschäfte im Südstadt-Center sind von der Abschaltung betroffen - darunter ein Bäcker, ein Supermarkt, eine Apotheke und weitere Läden.** Hannes Werner, der im Center ein **Optiker**-Geschäft betreibt, berichtete von einer **Mieterversammlung** am Mittwochmor-

gen. Dort sei beschlossen worden, eine Mieternotgemeinschaft zu gründen. Gemeinsam mit einem Anwalt wollen die Mieter künftig direkt mit den Stadtwerken abrechnen und die Zahlungen für die Fernwärme selbst leisten.»

«Mieternotgemeinschaft bei Versorgerproblem»

«Mieternotgemeinschaften können gegründet werden, wenn es **aufgrund von Verfehlungen des Vermieters zu einer Einstellung der Versorgung mit beispielsweise Strom, Wasser oder Wärme kommt.** Die Mieter schliessen sich zusammen und übernehmen selbst die Zahlungen an den Versorger, damit die Versorgung wieder anläuft. Sie umgehen damit den

Umweg über den Vermieter. Wichtig ist, dass die Mieternotgemeinschaft einen Verantwortlichen innerhalb der eigenen Reihen benennt und mit dem Versorger, am besten schriftlich, eine Vereinbarung trifft. **Voraussetzung ist jedoch, dass der Versorger kooperiert und bereit ist, sich auf die Vereinbarung einzulassen.**»

Nordrhein-Westfalen: Neuss und Duisburg

Neuss: Immer mehr Fernwärme-Kunden sind wütend, Tagesschau, 2.10.2024

<https://www.tagesschau.de/video/video-1386838.html>

«**Auf Gedeih und Verderb** den Stadtwerken Neuss **ausgeliefert / überdimensionierte Anschlusswerte / erheblicher Lobbydruck. Es wird möglichst viel Energie in die Gebäude gepumpt, um Profit zu machen, selbst im**

Sommer, das ist kein Versehen, das ist Absicht / direkte Abrechnung der Energieversorger mit den Mietern ohne Einflussmöglichkeit des Vermieters / fehlender Preisdeckel / fehlende Preisaufsicht.»

Verzweifelte Mieter müssen in Duisburg frieren, WAZ, 4.12.2025

<https://WAZRedaktion/posts/fernwaerme-abgestellt-mieter-in-duisburg-m%C3%BCssen-frieren-weil-der-eigent%C3%BCmer-seit-mehreren-monaten-die-stadtwerke-nicht-bezahlt-hat>

«Eigentümer zahlt nicht: Verzweifelte Mieter müssen in Duisburg frieren»

«Duisburg - Fernwärme abgestellt: **Mieter in Duisburg müssen frieren, weil der Vermieter seit Monaten die Stadtwerke nicht bezahlt hat.** Seit Monaten haben Mieter keine

Heizung. Die Stadtwerke haben die Fernwärme aufgrund ausstehender Zahlungen des Eigentümers abgestellt.»

Verzweifelte und wütende Mieter – kein gutes Omen

Sachsen: Kamenz

Kamenz Sächsische Zeitung, 19.9.2025

<https://www.saechsische.de/lokales/bautzen-lk/kamenz/mietern-in-kamenz-soll-die-fernwaerme-abgestellt-werden-XH2ZVYBDCRH4THVJ62YSCR5SUQ.html>

«Sind mehr als 100 Mieter in Kamenz bald ohne Fernwärme?»

«Die Kamenz Immobilien GmbH hat offene Rechnungen nicht bezahlt. **Deshalb soll die Fernwärmelieferung an die betroffenen Wohnungen eingestellt werden.** Nun schaltet sich sogar der Oberbürgermeister ein.»

«Kamenz. **Schock für weit über 100 Mieter in Kamenz:** Ihnen soll ab dem 24. September die Fernwärme abgestellt werden. In einer Pressemitteilung informiert die Stadtverwaltung am Freitagnachmittag über die Tatsache, dass **die**

Ewag Kamenz mit der Einstellung der Fernwärmeversorgung in Kamenz-Ost droht. Das betrifft die Wohnblöcke, die sich im Eigentum der Kamenz Immobilien GmbH befinden.»

«**Hintergrund seien offene Rechnungen**, die vom Eigentümer, also der Kamenz Immobilien GmbH, nicht an die Ewag bezahlt worden sind. Nach Aussage der Stadt wurden die Mieter per Aushang in den Häusern darüber informiert.»

«Vermieter soll Schulden sofort begleichen»

«Darin heisst es, dass 'wegen unbeglichener Forderungen in erheblicher Höhe aus der Fernwärmeversorgung (...) die Ewag Kamenz gezwungen ist, von ihrem Zurückbehaltungsrecht Gebrauch zu machen und ... die Fernwärmeversorgung am 24.09.2025 ab 8.00 Uhr einzustellen'. Die Ewag weist ausserdem darauf hin,

dass der Kamenz Immobilien GmbH bereits mit Schreiben vom 22. August 2025 die **Einstellung der Versorgung angedroht** wurde.

Man solle sich, so heisst es weiter, für Rückfragen an den Grundstückseigentümer, also den Vermieter wenden.»

Sachsen-Anhalt, Profen (Gemeinde Elsteraue)

Profen Mitteldeutsche Zeitung, 11.10.2024

<https://www.mz.de/lokal/zeitz/profen-fernwaerme-heizungsstopp-mieter-vermieter-rechnung-winter-3930947>

«Heizung und Warmwasser plötzlich abgestellt»

«**Mieter in Profen haben Angst vor dem Winter:** Mieter in Profen sind schockiert – **Ohne Ankündigung wurde in ihren Häusern die Fernwärme abgestellt. Obwohl sie ihre Miete pünktlich zahlen, wurden Heizung und Warmwasser abgeschaltet. Offenbar hat der Vermieter die Rechnung nicht beglichen.**»

«Profen/MZ. - Mit Sorge schauen einige Mieter aus Profen auf den bevorstehenden Winter. Am Montag stellte ihnen das Unternehmen Fernwärme GmbH Hohenmölsen-Webau kurzerhand das warme Wasser und die Heizung ab. 'Wir waren geschockt, hatten keine Information, keinen Aushang im Treppenhaus oder so'».

Thüringen, Bad Langensalza

Bad Langensalza MDR-Fernsehen/Thüringen Journal, 25.7.2025

<https://www.mdr.de/video/mdr-videos/c/video-941888.html>

«Plattenbau droht Fernwärme-Abschaltung»

«In Bad Langensalza steht ein Plattenbau mit 50 Wohnungen auf sechs Etagen. **Die Stadtwerke wollen dem Haus nun die Fernwärme abdrehen. So müssen die Mieter ausbaden, dass ihr Vermieter seine Rechnungen nicht bezahlt.**»

«Im Block wohnen Rentner, Arbeitslose, kinderreiche Familien. Das Haus wurde verkauft. Seit Jahresbeginn bezahlt der neue Eigentümer (der im Ausland wohnt) seine Stadtwerk-Rechnungen nicht mehr. Er ist von den Stadtwerken nicht zu erreichen. 100'000 Euro Schulden – deshalb soll den Mietern die Fernwärme abgestellt werden.»

«Wegen der Versäumnisse des Eigentümers geraten die Mieter nun unverschuldet in Not. Mietern, die die Miete nicht zahlen, droht er mit Räumung. 'Da die Miete nun auf ein Auslandskonto gehen muss, hat das Job-Center die Mietzahlungen schon eingestellt.'»

«'Viele Bewohner haben mehrere Kinder, wissen natürlich nicht, verlieren sie bald ihren Wohnraum und natürlich – wenn auch Heizung und Warmwasser nicht funktionieren – ist eventuell ja auch das Jugendamt bald mit im Boot, um da vielleicht Kinder in Obhut zu nehmen. Das sind natürlich grosse Ängste'».

«Mathias Reintz, Bürgermeister: 'Menschlich gesehen bin ich da auf der Seite der Mieter, aber eine Übernahme des Blocks durch die Stadt ist **rechtlich ein Problem**. 'Nächste Woche wollen Stadt, Stadtwerke, Landratsamt und Jobcenter nochmals beraten.'»

«Enrico Weber, Stadtwerke Bad Langensalza: 'Es ist Licht am Ende des Tunnels und wir versuchen, über die Ämter hinweg eine Lösung zu finden. So könnten beispielsweise die Nebenkosten über eine Abtretungserklärung direkt an die Stadtwerke überwiesen werden.'»

Heikel, wenn für die Fehler der anderen zur Kasse gebeten wird

5. Allgemeine Informationen zur Fernwärme

→ Rote Hervorhebungen durch das Bürgerforum Freienbach

Heizen bleibt schmutzig TAZ, 26.11.2024

<https://taz.de/Klimafreundlicher-Fernwaermeausbau-stockt/I6053296/>

«**Fernwärme ist selten klimafreundlich – Fernwärme in Deutschland stammt fast nie aus klimafreundlichen Quellen.** Das geht aus einer Studie der Umweltorganisation WWF hervor. Emissionsarme Wärmequellen wie Grosswärmepumpen, Geothermie und Abwärme aus unvermeidbaren industriellen Prozessen erzeugten einen **‘verschwindend geringen Anteil** der Fernwärme’, schreiben die Autoren.»

«Gegenwärtig werden **der WWF-Studie zufolge 42 Prozent der Fernwärme mit Erdgas erzeugt, 21 Prozent stammen aus der Verbrennung von Kohle.** ‘Kein Bundesland schneidet wirklich gut ab. Am schmutzigsten ist die Fernwärme des Bundeslandes Bremen, auf Platz zwei und drei folgen Brandenburg und

Hamburg’. **Laut WWF ist es in zehn Bundesländern klimaschädlicher, mit Fernwärme zu heizen als mit einer Ölheizung.** Auch nichtfossile Quellen wie die Verbrennung von Müll oder Biomasse hält der WWF nicht für umweltschonend. Müll sollte dem Verband zufolge vermieden oder recycelt werden, bevor er verbrannt wird. Und Pflanzen für die Wärmezeugung aus Biomasse anzubauen, verschlinge grosse Flächen und trage zum Artensterben bei.»

«**Wie der Ausbau des Fernwärmenetzes finanziert werden soll, halten fast drei Viertel für unklar.** Das zeigt eine Umfrage des Verbandes kommunaler Unternehmen VKU.»

2 Sammelklagen, Kostenpunkt: 4 Milliarden Tagesschau.de, 17.2.2024

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/fernwaerme-hohe-kosten-100.html>

«**Manche Mieter werden gerade von enormen Summen in der Jahresabrechnung überumpelt.** Machen die Versorger mehr Kosten geltend als sie tatsächlich haben?»

«Bevor die Fernwärme Häuser heizt oder Wasser warm macht, wird sie zentral erzeugt, oft in Kraftwerken oder als Abwärme in Industrieanlagen. Die Fernwärme gelangt dann über Rohrleitungen in die Wohnung, eine eigene Heizanlage braucht man also nicht.»

«Versorger mit Monopolstellung»

«Den Anbieter einfach zu wechseln für ein besseres Angebot, funktioniert hier nicht. Fernwärmeversorger haben eine **Monopolstellung.** **Kunden sind also einem Anbieter quasi ausgeliefert, dazu werden Verträge meist über eine lange Zeit geschlossen.** Das ist der eine Streitpunkt bei der Fernwärme. Der andere hat damit zu tun, wie die Preise gestaltet werden.

«Aktuell wird der grosse Teil dieser Energie noch aus Gas oder Öl produziert. Somit ist der Preis für Fernwärme zum Beispiel auch an den Börsenpreis für Gas gekoppelt. Zu Beginn des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine ist der Gaspreis 2022 stark angestiegen. Inzwischen hat sich der Markt wieder sehr beruhigt, **allerdings bleibt der Preis für Fernwärme hoch.**»

Das Bundeskartellamt hat **inzwischen Verfahren gegen insgesamt sechs Stadtwerke und Fernwärmeversorger eröffnet. Der Verdacht: missbräuchlich überhöhte Preissteigerungen.** Speziell geht es um sogenannte Preisanpassungs- oder auch Preisgleitklauseln. Die nutzen Versorger, um die allgemeine Marktentwicklung abzubilden, aber auch die Kosten für den

jeweiligen Energieträger - also Gas oder Kohle, aber auch Holz, Müll, erneuerbare Energien oder Abwärme.»

«Andreas Mundt, Präsident Bundeskartellamt: 'Es wirft zum Beispiel Fragen auf, wenn ein Unternehmen den Fernwärmepreis an die Entwicklung des Gaspreises angepasst hat, obwohl tatsächlich auch andere günstigere Alternativen für die Wärmeerzeugung verwendet wurden', wenn also tatsächlich nicht nur Gas zur Wärmeerzeugung genutzt, sondern etwa auch Müll verbrannt wurde.'

Verbraucherschützer kritisieren zudem, dass die **Preisgestaltung der Fernwärmeproduzenten von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich** sein kann. Auch die Koppelung des Fernwärmepreises an etwa einen Börsenpreis halten Mietervereine und Verbraucherschützer

für unzulässig. Die Heizungskosten der Verbraucher sollten sich vielmehr an den **realen Einkaufskosten der Fernwärmeanbieter orientieren.**»

«Verbraucherschützer klagen auf Rückerstattung: **'Der Verbraucherzentrale-Bundesverband führt zwei Sammelklagen gegen die Fernwärmeanbieter E.O.N und Hansewerk Natur wegen enormer Preiserhöhungen in den vergangenen Jahren. Es geht um Preisanstiege um mehrere Hundert Prozent.**

Die beiden Unternehmen wiesen die Vorwürfe zurück. Ausgang offen.'»

«Mit den Klagen wollen die Verbraucherschützer einerseits Rückerstattungen für Kunden erstreiten, andererseits **grundlegende Fragen bei der Fernwärmeversorgung klären.**»

Betterspace 24.6.2024

<https://betterspace360.com/fernwaerme-kosten-massnahmen-nichtwohngbaeude/>



Der Ausbau von Fernwärmenetzen ist sehr aufwändig und kostspielig, was sich in den Fernwärmepreisen widerspiegelt.

Bildquelle: Betterspace

«Herausforderungen der Versorgung mit Fernwärme von Nichtwohngebäuden»

«Grundsätzlich ist der **Aufbau und die Wartung der Fernwärmenetzwerke für Energieversorger sehr kostenintensiv**, was sich meist in den Preisen widerspiegelt. Zudem ist die **Preisgestaltung für die Abnehmer von Fernwärme nur schwer nachvollziehbar** und die Preise variieren sehr stark. Hinzu kommt, dass

die Kliniken, Schulen, Hotels, öffentliche Verwaltungseinrichtungen und sonstige Nichtwohngebäudebetreiber an den jeweiligen ortsansässigen Fernwärmeanbieter gebunden sind.»

«Ein schneller und einfacher Wechsel, wie bei Strom- oder Gasanbietern, ist hier nicht

möglich. Auch ein Sonderkündigungsrecht, wie bei Änderungen der Strom- und Gaspreise üblich, besteht für Fernwärmekunden nicht. Diese sind meist durch **langfristige Verträge mit einer Laufzeit von 10 Jahren** an ihren

Fernwärmeanbieter gebunden. Dies verstärkt den **Eindruck einer zum Teil willkürlichen Preisgestaltung bei den Endabnehmern, weil diese abhängig sind von lediglich einem Anbieter.**»

«Über explodierende Fernwärmepreise & die Zusammensetzung der Fernwärmekosten»

«In den letzten Jahren sind die **Preise für Fernwärme extrem stark gestiegen**, wobei es regional deutliche Unterschiede gibt, welche **gravierende Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Betrieb von Nichtwohngebäuden** haben. Diese Entwicklung stellt insbesondere Betreiber von **Hotels, Kliniken, Bürogebäuden und öffentlichen Einrichtungen** vor grosse Herausforderungen.»

«Grundsätzlich bestehen Fernwärme-Kosten aus zwei Komponenten: Dem Grundpreis, auch Bereitstellungspreis genannt, und dem Arbeitspreis, auch als Verbrauchspreis bekannt. Der

Grundpreis wird unabhängig vom tatsächlichen Verbrauch erhoben und deckt die Kosten für die Bereitstellung der Fernwärme-Infrastruktur. Es ist eine feste Gebühr. Der Arbeitspreis hingegen ist variabel und basiert auf dem tatsächlichen Wärmeverbrauch. Zudem wird mancherorts noch ein Messpreis erhoben, welche die Kosten für Installation, Wartung und Ablesung der Zähler beinhaltet.

Laut Verbraucherschutzzentralen macht der Grundpreis durchschnittlich einen Anteil an den Gesamtkosten von etwa 25 Prozent aus, der Arbeitspreis ungefähr 75 Prozent.»

«Gründe für hohe Fernwärmekosten»

«Es gibt gleich mehrere Gründe für den teils dramatischen Anstieg der Fernwärmekosten. Diese liegen im Ende der Energiepreisbremse, in hohen Rohstoffkosten, dem Ausbau des Fernwärmenetzes sowie der Inflation.

- **Ende der Energiepreisbremse:** Die von der Regierung eingeführten Preisdeckel sind zum 01.01.2024 ausgelaufen, wodurch die Preise wieder auf das Marktniveau zurückkehren.
- **Hohe Rohstoffkosten:** Die gestiegenen Preise für fossile Brennstoffe wie Erdgas, das oft zur Fernwärmeerzeugung verwen-

det wird, haben ebenfalls einen grossen Einfluss.

- **Inflation:** Auch wenn die Inflationsrate ihren Höhepunkt überwunden hat, wie es scheint, macht sie die allgemeine Teuerungsrate auch bei den Energiepreisen deutlich bemerkbar.
- **Infrastrukturkosten:** **Der Ausbau und die Wartung der Fernwärmenetze sind sehr kostenintensiv und auch diese werden auf die Fernwärme-Abnehmer umgelegt.** Da der Ausbau nun deutlich beschleunigt werden soll, steigen die Kosten stark an.»

«Lastspitzen und die Auswirkungen auf die Fernwärmekosten»

«Gerade bei Grossabnehmern wie Kliniken, öffentlichen Einrichtungen, Büroimmobilien oder auch Hotels, welche **nach Lastspitzen berechnet** werden, **steigen Fernwärmekosten überproportional**. Lastspitzen oder Spitzenlast sind Zeiten, in welche der Fernwärmeverbrauch besonders hoch ist. Da die Fernwärme-Anbieter sicherstellen müssen, dass sie genügend Kapazität haben, um auch während der Lastspitzen ausreichend Wärme zu liefern, spiegeln sich

diese bei Grossabnehmern meist auch im Preis wider.

Denn die **Infrastruktur muss auf diese Spitzenlasten ausgelegt sein. Dabei reicht es schon aus, nur einmal im Jahr einen enorm hohen Verbrauchswert zu erreichen. Lastspitzen haben damit zum Teil einen erheblichen Einfluss auf die Fernwärmekosten**, wenn diese bei der Berechnung der Kosten zugrunde gelegt werden.»

«Bauliche Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Nichtwohngebäuden»

«Zudem sind bauliche Massnahmen neben Aufwand und Zeit **häufig auch mit hohen Kosten verbunden**, was gerade in Zeiten von hohen Fernwärmepreisen zu einer **zusätzlichen**

finanziellen Belastung führt. Die Investition in bauliche Massnahmen muss daher vorher gut abgewogen sein.»

«Fernwärmekosten senken mittels Vertragsoptimierung»

«Eine regelmässige Überprüfung und Neuverhandlung von Fernwärmeverträgen können zu besseren Konditionen führen. Auch wenn die Verträge bei Fernwärme meist langfristig sind, **sollten Grossabnehmer ein genaues Auge auf Preisänderungen und die Verträge werfen**.

Steht aktuell die Überlegung an, auf Fernwärme zu wechseln, sollten Gebäudebetreiber von Nichtwohngebäuden immer individuelle Verträge aushandeln, die auf ihren spezifischen Bedarf zugeschnitten sind und **Rabatte oder Sonderkonditionen** beinhalten.»

Kostenschock bei der Fernwärme Wochenblatt, 10.2.2024

https://www.wochenblatt-reporter.de/hassloch/c-lokales/kostenschock-bei-der-fernwaerme_a531327

«Spiegel Online ging am 1. Februar 2024 den 'Kaum nachvollziehbare(n) Preise(n)' nach. 'Fernwärme gilt als Heizform der Zukunft/**Kostenschock bei der Fernwärme** – wie teuer wird es für Sie? Für viele Kunden seien die **Preise oft eine Blackbox**. In verschiedenen Regionen lägen diese weit auseinander. Betreiber erhöhen die Preise ganz **unterschiedlich stark**.

Eine Mieterin in Potsdam soll laut ihrer Hausverwaltung **4.300 Euro auf einen Schlag für Fernwärme nachzahlen**, dabei habe die Frau ein Viertel weniger Wärme verbraucht. Nachbarn sind demnach ebenfalls betroffen. Laut Vermieter **wurden 23 Mieter in der Siedlung aufgefordert, mehr als tausend Euro nachzahlen**.

Das 'Hamburger Abendblatt' schreibt: 'Eine ehemalige Altenpflegerin findet eine **Nachforderung von knapp 2.900 Euro** im Briefkasten – obwohl sie 20 Prozent weniger geheizt habe. Ihr neuer Abschlag für Fernwärme: 452 Euro, für eine 68-Quadratmeter-Wohnung'.

'Wie kann das sein?' fragt der SPIEGEL. 'Und gilt die Fernwärme nicht eigentlich als eine Heizform der Zukunft, die zusammen mit der

Wärmepumpe die Deutschen in ein klimafreundliches Zeitalter führen soll?'

'Der **Preistrend bei Fernwärme gehe nach oben**.' Das belegt eine Sondererhebung der Verbraucherzentrale des Bundesverbands (VZBV) für den SPIEGEL: 'In 18 der betrachteten 21 Netze liegt der Arbeitspreis im Januar 2024 über den im Rahmen der Energiepreismessungen festgelegten 9,5 Cent pro Kilowattstunde. Ab März ist bis zu 174 Euro Mehrbelastung – pro Monat zu rechnen.'

'Wenn sich an den Plänen der Regierung nichts mehr ändert, wird ab März auf die Fernwärmepreise wieder die volle Mehrwertsteuer von 19 Prozent erhoben – die Ampel hatte sie zeitweilig auf 7 Prozent gesenkt, um Preissteigerungen abzufedern. Dann bewegt sich die neue monatliche Mehrbelastung laut den Rechnungen des VZBV zwischen 15 und 174 Euro pro Haushalt. Grössenordnungen, die schmerzen können'.

Was wäre **eine Alternative? Sich nicht von einem Monopol in privater Hand abhängig machen. Energiegenossenschaften sind Alternativen**.»

Klima-Durchblick Fernwärme Tichys Einblick, 7.8.2023

https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/klima-durchblick/fernwaerme-ohne-waerme/#google_vignette

«Das Berliner Planungskomitee hat also beschlossen: Jetzt soll es Fernwärme richten. Die ist einfach da, genauso wie die vielen Milliarden Euro, um Städte und Gemeinden aufzugraben, Rohrleitungen zu verlegen und Anschlüsse in sämtliche Gebäude zu führen, dort die alte Heizungstechnik rauszuwerfen und neue Wärmetechnik einzubauen.»

Zuerst sollen Städte und Gemeinden Wärmenetze aufbauen (...). Sämtliche Strassen aufreißen, Rohre verlegen, Häuser anschliessen – das kostet jede Menge **Geld, das die Kommunen bekanntlich nicht haben**. Derzeit werden nach Angaben des Wirtschaftsministeriums 6,1 Millionen Wohnungen mit **Fernwärme** versorgt, das sind **14,2 Prozent**. **Von denen werden 80 Prozent mit Wärme aus Kohle, Gas**

und Industrieabwärme versorgt. Doch die Industrie schaltet ihre Anlagen häufig ab und verlässt den Standort Deutschland.

Fernwärme ist nicht einfach da, sie muss erst einmal irgendwo erzeugt werden. Wasser muss erhitzt werden, damit es in die Rohre zu den Häusern gepumpt werden kann. Häufig sind die Netze an Kraftwerke gekoppelt, die noch die niedrigste Dampfwärme in Strom umsetzen. **Fernwärmeerzeugung beschränkt daher die Stromerzeugung**.

Je grösser der Abstand zwischen dem Ort, an dem die Wärme erzeugt wird und dem, an dem sie verbraucht wird, desto höher sind die Wärmeverluste durch das Rohrleitungssystem.»

Fernwärme 40% teurer als GAS: ARD, Staatlich garantierte Abzocke? Panorama, NDR, 13.2.2014

<https://www.youtube.com/watch?v=VSStGSBThZE>

«**Monopolist verlangt mehr als 40% mehr für Fernwärme im Vergleich zu einer Gasheizung**», «erhebliche Preisunterschiede, bis zu 100%» (gemäss deutschem Bundeskartellamt), «jeder Fernwärmeanbieter legt seine **Preise nach Belieben** fest», «Die Preise für Fernwär-

me schwanken erheblich. Besonders auffällig: In Gebieten mit vorgeschriebener Fernwärmeeinnutzung liegen sie zum Teil deutlich über dem Durchschnitt.», «gefangene Kunden», «Untersuchungen der Kartellämter kratzen nur an der **Spitze des Eisberges**.»

Fernwärme wird gepusht – koste es die Mieter, was es wolle, AVW Unternehmensgruppe, 2024

<https://wohnungswirtschaft-heute.de/fernwaerme-wird-gepuscht-koste-es-die-mieter-was-es-wolle/>

von Andreas Breitner, Vorstand und Verbandsdirektor Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW):

«Allein das **Postulieren von Klimaneutralität** (...) **ersetzt nicht das Nachdenken darüber, wie dieses Ziel so erreicht werden kann, dass die Menschen mitziehen**.»

Es erfordert ein **grösseres Mass an Sensibilität für die Kosten von Klimaschutzmassnahmen** – vor allem wenn die **Ängste vor einem sozialen Absturz** zunehmen. Und es ist verständlich, dass viele Mieter ihr Augenmerk verstärkt auf die sogenannte zweite Miete und dabei insbesondere auf die Entwicklung der Heizkosten richten. Sechs von neun Rostocker Wohnungsunternehmen haben Daten zusammengetragen, um die Preisentwicklung bei der Fern-

wärme zu verdeutlichen.

Fernwärmekosten steigen in den Jahren 2025 und 2026 extrem an: Der Aufstellung zufolge müssen die Mieter bei den Kosten für die Fernwärme im kommenden Jahr im Vergleich zum Jahr 2022 mit einem **Anstieg der Preise zwischen 56 und 86 Prozent** rechnen. **Im Jahr 2026 wird der Preisanstieg im Vergleich zu 2022 zwischen 45 und 63 Prozent liegen.**»

«Das Problem ist nicht nur in Rostock zu erkennen. Wir beobachten, dass **Stadtwerke in ganz Norddeutschland, die häufig im Besitz der Kommunen sind, den Ausbau der Fernwärme im Rahmen der Energiewende nutzen, um die**

Preise für Heizenergie in die Höhe zu treiben.»

«CO₂-Preis-Anteil bei der Fernwärme höher als bei Gas: Schon jetzt ist der CO₂-Preis-Anteil bei der Fernwärme höher als bei Gas. Wir beobachten, dass Stadtwerke im Verbund mit den Kommunen eine Monopolstruktur schaffen wollen. Dieser Versuch, kombiniert mit einem Anschlusszwang, bedeutet die totale Abhängigkeit der Mieter und Vermieter von den Fernwärmelieferanten.»

«Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die Kosten für den Umbau der Fernwärme zur Klimaneutralität vor allem von den Mietern getragen werden sollen. Die Fernwärmeanbieter machen sich einen schlanken Fuss. Hinzu kommt, dass viele Stadtwerke sich weigern, darzulegen, wie ihre Preise zustande kommen. Es ist daher unmöglich, deren Ermittlung nachzuvollziehen. Nur eines ist sicher: die Preise für Fernwärme steigen unaufhörlich.»

«Monopole ‘fördern’ durch Intransparenz den Widerstand der Menschen: Abgesehen von hohen Preisen und Intransparenz sind Monopole nie gut für Innovationen. Energiewende und Klimaschutz werden aber nur gelingen, wenn alle technischen Möglichkeiten, emissionsfrei Energie zu erzeugen, genutzt werden. Eine Form der Energieerzeugung – wie beispielsweise Fernwärme – vorzuschreiben, führt am Ende zu hohen Preisen und zu Widerstand bei den Menschen.»

«Die sozialen Vermieter unterstützen die Politik in dem Ziel, Strom und Heizenergie von 2045 an emissionsfrei zu erzeugen. Mit CO₂-neutral erzeugter Heizwärme haben Mieter und Vermieter kein Problem. Ich frage nur: Zu welchen Kosten soll diese Fernwärme hergestellt werden? Derzeit habe ich den Eindruck, dass Fernwärme und deren kostenintensive Umstellung auf eine emissionsfreie Erzeugung massiv gepusht wird – koste es die Mieter, was es wolle.»

«Der Grundpreis wird erhöht, wenn die Mieter sparsam heizen»

«Ein weiteres Problem besteht in der Erhöhung des Grundpreises, um so von Verbraucherschwankungen unabhängiger zu werden. Was aus Sicht von Stadtwerken sinnvoll erscheinen mag, bedeutet, dass die Wirkung von Einsparungen durch die Mieter bei den Wärmekosten immer geringer wird. Das, was die Stadtwerke durch energiesparendes Heizen der

Mieter ‘verlieren’, holen sie sich über den vom Verbrauch unabhängigen Grundpreis zurück.»

«Eine sichere Strom-, Gas- und Wärmeversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für den Wohlstand unseres Landes. Wunschdenken ist hier fehl am Platz. Notwendig ist es, stets die Umsetzungsmöglichkeiten vor Ort zu berücksichtigen.»

Fernwärme bis zu 30 Prozent teurer Saldo, 25.1.2023

<https://www.saldo.ch/artikel/artikeldetail/fernwaerme-bis-zu-30-prozent-teurer>

«Zwei von drei Fernwärmewerken erhöhten ihre Preise»

«...denn viele liefern nicht nur Wärme aus Kehr-richtanlagen, sondern verbrennen auch Gas, Öl und Holz. Kunden können sich gegen unberechtigte Aufschläge wehren. Die Energieprei-

se steigen und steigen: Für Gas und Strom etwa zahlen Haushalte an einigen Orten heute fast doppelt so viel wie noch vor ein bis zwei Jahren.»

Preissprünge statt Energieeffizienz – eine Zeitbombe

«Im Jahr 2024 ist der Fernwärmepreis im Vergleich zu 2023 um deutliche 27,1% gestiegen. Doch mancherorts war es gleich dreimal so viel.»
«Trotz geringen Verbrauchs ist mit teilweise hohen Nachzahlungen zu rechnen»

«Diese Entwicklung führt zu einer spürbaren Belastung für Verbraucher, da auch die **Raumheizkosten für Fernwärme um 25,4% höher** ausfallen und unterstreicht die Notwendigkeit, kosteneffiziente und nachhaltige Lösungen für die Wärmeversorgung zu finden.»

«Mainz, Worms und Braunschweig besonders sparsam – Andernach ist Schlusslicht: Trotz der insgesamt besseren Preislage und den milden Temperaturen – das Jahr 2024 war in der Heizperiode gegenüber 2023 um 1,3% wärmer – bestehen dennoch **signifikante regionale Unterschiede bei Verbrauch und Heizkosten**.

So zeichnet sich etwa in Mainz (-26,1%), Worms (-23%) und Braunschweig (-20,5%) ein **deutlicher Rückgang des Energieverbrauchs** ab. (...)

Besonders schlecht schneidet hingegen in diesem Jahr der Südwesten im nationalen Energiespar-Ranking ab. Von den Städten und Gemeinden mit dem grössten **Mehrverbrauch** im Jahr 2024 befinden sich vier in Baden-Württemberg darunter Lahr (+24,1%), Freiburg im Breisgau (+21,6%), Pfullendorf (+18,1%) und Laupheim (17,3%).»

«Andernach 78% höhere Fernwärmekosten»

«Das Schlusslicht bildet die rheinland-pfälzische Stadt Andernach. Hier betrug der **Mehrverbrauch bei Heizwärme 39,9%, und auch die Steigerungen bei den Heizkosten je Energieträger waren am höchsten**: Strom (+30,9%), Gas (+34,9%), Öl (+33,5%), Fernwärme (+77,8%).»

«Angesichts **stark schwankender Energiepreise gewinnt das Thema Energieeffizienz weiter an Bedeutung**. Auch unsere Heizkostenprognose lässt vermuten, dass sich das Verhalten der Menschen bei der Nutzung von Heizenergie zum Positiven verändert', so Matthias Hartmann, CEO von Techem.»

Wer denkt und spart sei der Dumme? – Oh nein!